

CHARLOTTE WILLEMER

Vis attractiva concursus  
und die Europäische  
Insolvenzverordnung

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

163

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

163

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann





Charlotte Willemer

Vis attractiva concursus und die  
Europäische Insolvenzverordnung

Mohr Siebeck

*Charlotte Willemer*, geboren 1978; Studium in Heidelberg, Montpellier (Licence en droit) und an der HU Berlin; 2006 Promotion; Rechtsreferendarin in Hamburg.

978-3-16-158506-7 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148869-5

ISBN-13 978-3-16-148869-6

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zugl.: Universität Hamburg, Dissertation, 2006.

© 2006 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2005/2006 von der Juristischen Fakultät der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind bis zum 15. Februar 2006 berücksichtigt.

Ein besonderer Dank für die Anregung zu dieser Arbeit und ihre Betreuung bis hin zur Veröffentlichung gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Peter Mankowski. Seine Hilfsbereitschaft in fachlichen und organisatorischen Belangen, die kurzfristige Beantwortung aller Fragen und die Durchsicht der Arbeit in nur wenigen Wochen bedeuteten eine große Unterstützung und Motivation.

Herrn Prof. Dr. Heribert Hirte danke ich sehr für seine Anregungen und die schnelle Erstellung des Zweitgutachtens. Ein weiterer großer Dank gilt der Wissenschafts- und Nachwuchsförderung der Universität Hamburg für die finanzielle Förderung dieser Arbeit. Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow, Herrn Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Hopt, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann und Herrn Prof. Dr. Jan Kropholler danke ich für die Aufnahme der Dissertation in diese Schriftenreihe.

Meiner Familie und meinen Freunden danke ich für ihre Geduld, ihre Anregungen und ihre vielfältige Hilfe. Insbesondere danke ich meiner Schwester Victoria Willemer für das Korrekturlesen. Ich widme diese Arbeit meinen Eltern mit einem großen Dank für ihre Unterstützung in jeder Hinsicht.

Hamburg, im März 2006

Charlotte Willemer



# Inhaltsübersicht

Einleitung .....	1
Teil 1. Die Problematik der vis attractiva concursus in grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren.....	9
A. Begriffsbestimmung .....	9
I. Begriff der vis attractiva concursus.....	9
II. Rechtsnatur der vis attractiva concursus .....	14
III. Grenzüberschreitende Wirkungen der vis attractiva conkursus .....	18
B. Überblick über die Ausgestaltung der vis attractiva concursus in einzelnen europäischen Rechtsordnungen.....	24
I. Deutschland .....	25
II. Frankreich .....	28
III. England.....	29
IV. Einzelne weitere Rechtsordnungen .....	30
C. Vis attractiva concursus im gemeineuropäischen Insolvenzrecht.....	34
I. Überblick über die historische Entwicklung des gemeineuropäischen Insolvenzrechts .....	36
II. Regelungen zur internationalen Zuständigkeit für Einzelverfahren im Zusammenhang mit einer Insolvenz.....	39
III. Gründe des Scheiterns der geplanten Regelungen.....	46
Teil 2. Bestimmung der internationalen Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren in der EuInsVO .....	56
A. Autonome Auslegung von EuGVÜ, EuGVVO und EuInsVO.....	56
I. Begriff der autonomen Auslegung .....	57
II. Methode .....	58
B. Anwendbare Vorschriften zur Bestimmung der internationalen Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren.....	60
I. Bestimmung der internationalen Zuständigkeit nach autonomen nationalen Zuständigkeitsvorschriften .....	61

II.	Bestimmung der internationalen Zuständigkeit nach der EuGVVO.....	84
III.	Bestimmung der internationalen Zuständigkeit in Analogie zu Art. 3 EuInsVO .....	90
C.	Verbleibender Anwendungsbereich für autonome nationale Regelungen zur vis attractiva concursus .....	102
I.	Internationale Zuständigkeit.....	103
II.	Anerkennung und Vollstreckung.....	108
III.	Insbesondere: Anwendbare autonome nationale Regelungen in Vertragsstaaten des EuGVÜ/LugÜ .....	110
IV.	Ergebnis .....	112
D.	Besonderheiten bei Partikularinsolvenzverfahren .....	113
I.	Grundsätzliche analoge Anwendung des Art. 3 EuInsVO auch für Einzelverfahren in Partikularinsolvenzverfahren .....	113
II.	Einschränkungen dieses Grundsatzes insbesondere zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten.....	114
Teil 3. Kriterien zur Qualifikation insolvenzbezogener Annexverfahren .....		117
A.	Kriterien des EuGH zur autonomen Auslegung des Art. 1 Abs. 2 Nr. 2 EuGVÜ .....	118
I.	Die EuGH-Entscheidung in der Rechtssache <i>Gourdain/Nadler</i> .....	118
II.	Folgeentscheidungen der nationalen Gerichte .....	120
III.	Hinweise für die autonome Auslegung von EuGVÜ, EuGVVO und EuInsVO nach Inkrafttreten der EuInsVO .....	121
B.	Die Qualifikation insolvenzbezogener Einzelverfahren unter der EuInsVO .....	122
I.	Entstehungsgeschichtliche Hinweise.....	123
II.	Spezifische Zielsetzungen der EuInsVO als Abgrenzungskriterium zur EuGVVO .....	124
III.	Der enge und unmittelbare Zusammenhang zum Insolvenzverfahren.....	125
IV.	Verfahrensrechtliche Wertungen.....	153
V.	Ergebnis .....	172
C.	Die Qualifikation bei Anspruchskonkurrenzen .....	172
I.	Parallelproblem in Art. 5 Nr. 3 EuGVVO .....	173
II.	Prozeßökonomie und einheitlicher Streitgegenstand .....	173
III.	Beklagenschutz und Rechtssicherheit .....	175

IV. Ergebnis .....	177
Teil 4. Einzelne insolvenzbezogene Annexverfahren.....	178
A. Insolvenzanfechtungsklagen .....	180
I. Insolvenzanfechtungsklagen in den nationalen Rechtsordnungen.....	183
II. Qualifikation der Anfechtungsmöglichkeiten in der Insolvenz.....	194
III. Ergebnis .....	211
B. Streitigkeiten über den gesellschaftsrechtlichen Gläubigerschutz in der Insolvenz .....	212
I. Gesellschaftsrechtlicher Gläubigerschutz im deutschen Recht .....	215
II. Gesellschaftsrechtlicher Gläubigerschutz im französischen Recht .....	273
III. Gesellschaftsrechtlicher Gläubigerschutz im englischen Recht .....	297
IV. Ergebnis .....	310
C. Sonstige Aktivprozesse des Insolvenzverwalters; insbesondere: Klagen über schuldnerische Ansprüche gegenüber Dritten.....	313
I. Streitigkeiten über Ansprüche des Insolvenzschuldners aus Geschäften vor Insolvenzverfahrenseröffnung.....	313
II. Klagen gegen den Ehegatten des Gemeinschuldners aufgrund insolvenzrechtlicher Vorschriften .....	316
III. Streitigkeiten über die Gültigkeit von nach Insolvenzeröffnung getätigten Rechtsgeschäften des Schuldners.....	317
IV. Ergebnis .....	319
D. Klagen auf Feststellung von Gläubigerforderungen zur Insolvenztabelle.....	319
I. Feststellungsklagen zur Insolvenztabelle in den nationalen Rechtsordnungen.....	322
II. Qualifikation von Feststellungsklagen zur Insolvenztabelle.....	328
III. Ergebnis .....	350
E. Streitigkeiten über die Eigenschaft einer Forderung als Masse- oder Insolvenzforderung .....	351
F. Aus- und Absonderungsklagen .....	353
I. Aus- und Absonderungsklagen in den nationalen Rechtsordnungen.....	354

II.	Qualifikation von Aus- und Absonderungsklagen.....	357
III.	Ergebnis .....	367
G.	Streitigkeiten über durch Verträge des Insolvenzverwalters begründete Ansprüche gegen die Masse und über sonstige Masseforderungen.....	367
I.	Geltendmachung von Masseforderungen in den nationalen Rechtsordnungen.....	369
II.	Qualifikation von Streitigkeiten über Masseforderungen .....	370
III.	Ergebnis .....	374
H.	Streitigkeiten über den Fortbestand schwebender Rechtsgeschäfte des Gemeinschuldners .....	375
I.	Allgemeines .....	375
II.	Qualifikation von Streitigkeiten über den Fortbestand schwebender Rechtsgeschäfte des Gemeinschuldners.....	376
III.	Ergebnis .....	379
I.	Haftungsklagen gegen den Insolvenzverwalter.....	380
I.	Haftung des Insolvenzverwalters in den nationalen Rechtsordnungen.....	380
II.	Qualifikation von Haftungsklagen gegen den Insolvenzverwalter .....	384
III.	Ergebnis .....	393
J.	Streitigkeiten zwischen Schuldner und Insolvenzverwalter .....	393
I.	Insolvenzspezifischer Verfahrenszweck.....	394
II.	Erfordernis einer Koordination mit dem Insolvenzverfahren ...	394
III.	Ziel eines Gleichlaufs zwischen internationaler Zuständigkeit und anwendbarem Recht .....	395
IV.	Betroffene Verfahrensinteressen .....	396
V.	Ergebnis .....	396
	Zusammenfassendes Ergebnis und Ausblick.....	397
	Anhang .....	401

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
Einleitung .....	1
Teil 1. Die Problematik der vis attractiva concursus in grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren.....	9
A. Begriffsbestimmung .....	9
I. Begriff der vis attractiva concursus.....	9
1. Grundsätzliches .....	9
2. Ausprägungen der vis attractiva concursus.....	12
II. Rechtsnatur der vis attractiva concursus .....	14
1. Insolvenzrecht als Gemengelage zwischen materiellem Recht und Verfahrensrecht .....	15
2. Konsequenzen für das internationale Insolvenzrecht.....	15
3. Vis attractiva concursus als Frage des Insolvenz- oder Zivilverfahrensrechts? .....	17
III. Grenzüberschreitende Wirkungen der vis attractiva conkursus .....	18
1. Keine Berücksichtigung einer ausländischen vis attractiva conkursus.....	19
2. Berücksichtigung einer ausländischen vis attractiva conkursus.....	21
3. Erfordernis einer einheitlichen Regelung zur vis attractiva conkursus.....	24
B. Überblick über die Ausgestaltung der vis attractiva concursus in einzelnen europäischen Rechtsordnungen.....	24
I. Deutschland .....	25

1.	Grundsätzliche Ablehnung der vis attractiva concursus .....	25
2.	Beschränkte vis attractiva concursus in §§ 180 Abs. 1 InsO, 19 a ZPO .....	26
II.	Frankreich .....	28
III.	England .....	29
IV.	Einzelne weitere Rechtsordnungen .....	30
C.	Vis attractiva concursus im gemeineuropäischen Insolvenzrecht.....	34
I.	Überblick über die historische Entwicklung des gemeineuropäischen Insolvenzrechts .....	36
II.	Regelungen zur internationalen Zuständigkeit für Einzelverfahren im Zusammenhang mit einer Insolvenz.....	39
1.	Der deutsch-österreichische Konkursvertrag .....	39
2.	Die Übereinkommensentwürfe .....	40
a)	Übereinkommensentwurf von 1970 .....	40
b)	Übereinkommensentwurf von 1980 .....	42
c)	Revidierter Entwurf von 1984 .....	44
III.	Gründe des Scheiterns der geplanten Regelungen .....	46
1.	Grundsätzliche Bedenken gegen die Entwürfe .....	46
2.	Kritikpunkte im einzelnen .....	48
a)	Fehlendes Erfordernis und fehlende Sachgerechtigkeit einer weit gefaßten vis attractiva concursus .....	48
b)	Beeinträchtigung der Zuständigkeitsinteressen der Verfahrensbeteiligten.....	49
c)	Abgrenzungsprobleme im Hinblick auf Anerkennung und Vollstreckung von Annexentscheidungen .....	51
3.	Zusammenfassende Betrachtung .....	53
Teil 2.	Bestimmung der internationalen Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren in der EuInsVO .....	56
A.	Autonome Auslegung von EuGVÜ, EuGVVO und EuInsVO.....	56
I.	Begriff der autonomen Auslegung .....	57
II.	Methode .....	58
B.	Anwendbare Vorschriften zur Bestimmung der internationalen Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren.....	60
I.	Bestimmung der internationalen Zuständigkeit nach autonomen nationalen Zuständigkeitsvorschriften .....	61
1.	Grundsätzliche Bedenken gegen die Anwendung autonomer nationaler Zuständigkeitsvorschriften.....	62

a)	Ziel einer einheitlichen lückenlosen Zuständigkeitsregelung .....	62
b)	Gefahr negativer Kompetenzkonflikte .....	63
2.	Bestimmung der internationalen Zuständigkeit durch die lex fori concursus über Art. 4 EuInsVO .....	64
a)	Wirkungen des Insolvenzverfahrens i. S. des Art. 4 Abs. 1 EuInsVO .....	66
b)	Qualifikation der vis attractiva concursus in der EuInsVO .....	67
aa)	Rückschlüsse aus Art. 4 Abs. 2 S. 2 lit. h) EuInsVO .....	68
bb)	Umkehrschluß aus Art. 4 Abs. 2 S. 2 lit. f), 15 EuInsVO .....	68
cc)	Regelungszweck der Art. 4 Abs. 2 S. 2 lit. f), 15 EuInsVO .....	70
(1)	Zweck der unterschiedlichen Verweisung in Art. 4 Abs. 2 S. 2 lit. f), 15 EuInsVO .....	70
(2)	Rückschlüsse auf die Qualifikation der vis attractiva concursus .....	71
c)	Ergebnis .....	73
3.	Bestimmung der internationalen Zuständigkeit durch das autonome Recht des angerufenen Gerichts .....	74
a)	Umfang einer Verweisung auf das autonome Recht des angerufenen Gerichts .....	74
aa)	Verweisung auf das gesamte autonome nationale Zuständigkeitsrecht einschließlich exorbitanter Gerichtsstände? .....	75
bb)	Verweisung nur auf Attraktivzuständigkeiten des autonomen nationalen Rechts? .....	76
b)	Widerspruch zur einheitlichen Anerkennung und Vollstreckung nach Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO .....	77
aa)	Fehlende Grundlage für eine erleichterte Anerkennung .....	78
bb)	Möglichkeit einer Überprüfung der internationalen Zuständigkeit durch das anerkennende Gericht .....	79
(1)	Grundsatz: Keine Überprüfung der internationalen Zuständigkeit .....	80
(2)	Ausnahme im Fall des Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO? .....	81
(3)	Insbesondere: Keine indirekte Zuständigkeitsregelung in Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO .....	82

(a)	Begriff der indirekten Zuständigkeitsregelung .....	82
(b)	Fehlen eines Prüfungsmaßstabes.....	82
(c)	Prinzip der direkten Regelung von Zuständigkeiten in der EuInsVO .....	83
c)	Ergebnis.....	84
II.	Bestimmung der internationalen Zuständigkeit nach der EuGVVO.....	84
1.	Anwendung der EuGVVO nur zur Bestimmung der internationalen Zuständigkeit .....	84
a)	Widerspruch zu Art. 1 Abs. 2 lit. b) EuGVVO .....	85
b)	Widerspruch zur privilegierten Anerkennung und Vollstreckung nach der EuInsVO .....	86
2.	Anwendung der EuGVVO auch auf Anerkennung und Vollstreckung .....	87
3.	Ergebnis .....	90
III.	Bestimmung der internationalen Zuständigkeit in Analogie zu Art. 3 EuInsVO .....	90
1.	Voraussetzungen eines Analogieschlusses .....	91
2.	Bedenken gegen eine Attraktivzuständigkeit gem. Art. 3 EuInsVO analog .....	92
a)	Widersprüche zu Art. 18 Abs. 2 EuInsVO? .....	93
b)	Zweckmäßigkeit einer internationalen Attraktivzuständigkeit ohne gleichzeitige sachliche und örtliche Zuständigkeit des Insolvenzgerichts .....	95
c)	Probleme bei Zuständigkeitslücken im nationalen Recht....	95
3.	Argumente für eine Attraktivzuständigkeit nach Art. 3 EuInsVO analog .....	98
a)	Rechtfertigung der privilegierten Anerkennung und Vollstreckung nach Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO...	98
b)	Vergleich zu Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 3 EuInsVO .....	99
c)	Fehlen einer Anerkennungsregelung für Annexentscheidungen aus einem anderen als dem Insolvenzstaat .....	100
4.	Ergebnis .....	101
C.	Verbleibender Anwendungsbereich für autonome nationale Regelungen zur vis attractiva concursus .....	102
I.	Internationale Zuständigkeit.....	103
1.	Verfahren im sachlichen Anwendungsbereich der EuGVVO.....	103

2.	Verfahren im sachlichen Anwendungsbereich der EuInsVO.....	105
3.	Beeinflussung nationaler Zuständigkeitsvorschriften durch das Gemeinschaftsrecht .....	107
4.	Ergebnis .....	108
II.	Anerkennung und Vollstreckung.....	108
III.	Insbesondere: Anwendbare autonome nationale Regelungen in Vertragsstaaten des EuGVÜ/LugÜ .....	110
IV.	Ergebnis .....	112
D.	Besonderheiten bei Partikularinsolvenzverfahren.....	113
I.	Grundsätzliche analoge Anwendung des Art. 3 EuInsVO auch für Einzelverfahren in Partikularinsolvenzverfahren .....	113
II.	Einschränkungen dieses Grundsatzes insbesondere zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten.....	114
Teil 3.	Kriterien zur Qualifikation insolvenzbezogener Annexverfahren .....	117
A.	Kriterien des EuGH zur autonomen Auslegung des Art. 1 Abs. 2 Nr. 2 EuGVÜ .....	118
I.	Die EuGH-Entscheidung in der Rechtssache <i>Gourdain/Nadler</i> .....	118
II.	Folgeentscheidungen der nationalen Gerichte .....	120
III.	Hinweise für die autonome Auslegung von EuGVÜ, EuGVVO und EuInsVO nach Inkrafttreten der EuInsVO .....	121
B.	Die Qualifikation insolvenzbezogener Einzelverfahren unter der EuInsVO .....	122
I.	Entstehungsgeschichtliche Hinweise.....	123
II.	Spezifische Zielsetzungen der EuInsVO als Abgrenzungskriterium zur EuGVVO .....	124
III.	Der enge und unmittelbare Zusammenhang zum Insolvenzverfahren.....	125
1.	Insolvenzspezifischer Zweck eines Einzelverfahrens i. S. der EuInsVO.....	126
a)	Allseitigkeit der Haftungsordnung und Gläubigergleichbehandlung .....	127
b)	Indizien für das Vorliegen einer insolvenzspezifischen Zielsetzung.....	128
aa)	Eröffnung eines Insolvenzverfahrens als Tatbestandsvoraussetzung.....	128

(1) Unabhängigkeit des Einzelverfahrens von der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens .....	128
(a) Grundsätzliche Nichtanwendbarkeit der EuInsVO.....	129
(b) Besonderer Fall der Modifizierung eines Verfahrens durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	129
(c) Besonderer Fall der Ablehnung der Verfahrenseröffnung wegen Masselosigkeit.....	130
(2) Abhängigkeit des Einzelverfahrens von der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens .....	131
bb) Besondere Regeln zur Beweislast .....	132
cc) Prozeßführungsbefugnis des Insolvenzverwalters.....	133
(1) Ansprüche des Schuldners und Ansprüche gegen den Schuldner .....	133
(2) Gemeinschaftliche Ansprüche der Gläubiger .....	134
dd) Regelung in einem Insolvenzgesetz .....	135
c) Fehlende Relevanz mittelbarer Beiträge zur Verwirklichung des Insolvenzverfahrenszwecks .....	136
d) Fehlende Relevanz insolvenzspezifischer Vorfragen.....	137
e) Zwischenergebnis .....	138
2. Erfordernis der Koordination eines Einzelverfahrens mit dem Insolvenzverfahren .....	138
a) Grundsätzliche Berücksichtigung nationaler verfahrenstechnischer Verknüpfungen eines Einzelverfahrens mit dem Insolvenzverfahren.....	138
b) Berücksichtigung auch der Zuständigkeitsverteilung im nationalen Recht? .....	140
3. Gleichlauf zwischen internationaler Zuständigkeit und anwendbarem Recht .....	141
a) Rückschlüsse vom Umfang des Insolvenzstatuts auf den Umfang der Attraktivzuständigkeit.....	141
aa) Grundsatz der Unabhängigkeit von kollisions- und verfahrensrechtlicher Qualifikation .....	141
bb) Einheit des Insolvenzverfahrens als besonderes Regelungsziel der EuInsVO.....	142
(1) Verknüpfung von internationaler Zuständigkeit und anwendbarem Recht in Artt. 3, 4 EuInsVO .....	143
(2) Umfang des Insolvenzstatuts gem. Art. 4 EuInsVO ..	144

(3) Auswirkungen auf insolvenzbezogene Annexverfahren.....	145
cc) Keine zwingende Einführung einer <i>vis     attractiva concursus</i> .....	146
b) Insbesondere: Auswirkungen der EuGH-Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften auf die Qualifikation gesellschaftsrechtlicher Haftungsklagen.....	147
aa) Auswirkungen der EuGH-Rechtsprechung auf den Umfang des Insolvenzstatuts gem. Art. 4 EuInsVO.....	147
(1) Anwendbarkeit inländischer insolvenzrechtlich zu qualifizierender Vorschriften auf ausländische Gesellschaften.....	148
(2) Vereinbarkeit mit Artt. 43, 48 EG und dem Erfordernis einer verordnungsautonomen Auslegung.....	150
bb) Auswirkungen auf den Umfang der Attraktivzuständigkeit für gesellschaftsrechtliche Haftungsklagen.....	152
IV. Verfahrensrechtliche Wertungen.....	153
1. Keine Klagemöglichkeit an den EuGVVO-Gerichtsständen .....	154
2. Verhältnismäßigkeit einer Attraktivzuständigkeit am hauptsächlichen schuldnerischen Interessenmittelpunkt.....	156
a) Allseitige Zuständigkeitsinteressen und Zuständigkeit nach Art. 3 EuInsVO (analog) .....	157
aa) Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners i. S. des Art. 3 Abs. 1 EuInsVO.....	157
bb) Betroffenheit allseitiger Zuständigkeitsinteressen in insolvenzbezogenen Einzelverfahren .....	158
cc) Erfordernis der Ausschließlichkeit des Gerichtsstandes im Insolvenzstaat .....	159
b) Sachnähe der Gerichte im Insolvenzstaat .....	160
c) Aspekte des Vertrauensschutzes, insbesondere: Vermeidung des <i>forum shopping</i> .....	161
aa) Kriterien zur Bestimmung des hauptsächlichen Interessenmittelpunktes .....	162
(1) Grundsätze .....	163
(2) Juristische Personen .....	164
(3) Konzerninsolvenzen.....	167

bb) Konsequenzen für die internationale Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren .....	169
d) Zwischenergebnis .....	171
3. Rechtfertigung der erleichterten Anerkennung und Vollstreckung nach der EuInsVO .....	171
V. Ergebnis .....	172
C. Die Qualifikation bei Anspruchskonkurrenzen .....	172
I. Parallelproblem in Art. 5 Nr. 3 EuGVVO .....	173
II. Prozeßökonomie und einheitlicher Streitgegenstand .....	173
III. Beklagtenschutz und Rechtssicherheit .....	175
IV. Ergebnis .....	177
Teil 4. Einzelne insolvenzbezogene Annexverfahren.....	178
A. Insolvenzanfechtungsklagen .....	180
I. Insolvenzanfechtungsklagen in den nationalen Rechtsordnungen.....	183
1. Anfechtungsmöglichkeiten in der Insolvenz im deutschen Recht .....	183
a) Anfechtungsmöglichkeiten im Rahmen eines Insolvenzverfahrens, §§ 129-147 InsO .....	183
b) Möglichkeiten der Gläubigeranfechtung gem. §§ 3, 4 AnfG.....	185
2. Anfechtungsmöglichkeiten in der Insolvenz im französischen Recht.....	186
a) Die Insolvenzanfechtung gem. Artt. L. 632-1, L. 632-2 C.Com. ....	187
b) Die action paulienne gem. Art. 1167 C.Civ. ....	188
3. Anfechtungsmöglichkeiten in der Insolvenz im englischen Recht .....	189
a) Anfechtungsmöglichkeiten gem. sec. 238 f., 339 f. Insolvency Act 1986.....	190
b) Die Anfechtung wegen transactions defrauding creditors gem. sec. 423 Insolvency Act 1986 .....	192
4. Rechtsvergleichende Zusammenfassung .....	193
II. Qualifikation der Anfechtungsmöglichkeiten in der Insolvenz.....	194
1. „Besondere“ Insolvenzanfechtungsklagen.....	194

a)	Systematische Bedenken gegen eine insolvenzrechtliche Qualifikation .....	195
aa)	Möglichkeit zur Geltendmachung der Insolvenzanfechtung in einem anderen als dem Insolvenzstaat gem. Art. 18 Abs. 2 S. 2 EuInsVO?.....	195
bb)	Qualifikation von Gläubigeranfechtungsklagen im Anwendungsbereich der EuGVVO .....	196
b)	Insolvenzspezifischer Regelungszweck als Argument für eine insolvenzrechtliche Qualifikation .....	198
aa)	Wiederherstellung der Haftungsrealisierungsmöglichkeit.....	198
bb)	Vorverlagerung der gleichmäßigen Gläubigerbefriedigung .....	199
c)	Erfordernis einer besonderen Koordination von Insolvenzanfechtungsklagen mit dem Insolvenzverfahren? .....	200
d)	Ziel eines Gleichlaufs zwischen internationaler Zuständigkeit und anwendbarem Recht .....	201
e)	Berücksichtigung beteiligter Verfahrensinteressen .....	202
aa)	Sachnähe eines Gerichtsstandes am hauptsächlichen schuldnerischen Interessenmittelpunkt .....	202
bb)	Aspekte des Vertrauensschutzes .....	204
cc)	Rechtfertigung der erleichterten Anerkennung und Vollstreckung.....	205
f)	Zwischenergebnis .....	206
2.	Sonstige Anfechtungsmöglichkeiten in der Insolvenz .....	206
a)	Unterscheidung zwischen besonderer Insolvenzanfechtung und sonstigen Anfechtungsmöglichkeiten .....	207
b)	Einheitliche insolvenzrechtliche Qualifikation aller Anfechtungsmöglichkeiten in der Insolvenz.....	208
aa)	Einheitliche kollisionsrechtliche Behandlung der Insolvenzanfechtung .....	209
bb)	Inhaltliche Verknüpfung der verschiedenen Anfechtungsmöglichkeiten in der Insolvenz.....	209
cc)	Gesichtspunkt der Praktikabilität, insbesondere im Hinblick auf Abgrenzungsschwierigkeiten im nationalen Recht .....	210
III.	Ergebnis .....	211

B. Streitigkeiten über den gesellschaftsrechtlichen Gläubigerschutz in der Insolvenz .....	212
I. Gesellschaftsrechtlicher Gläubigerschutz im deutschen Recht .....	215
1. Ansprüche der Gesellschaft im Zusammenhang mit eigenkapitalersetzenden Gesellschafterdarlehen bzw. – sicherheiten .....	216
a) Grundsätzliches .....	216
b) Qualifikation der Eigenkapitalersatzklagen .....	218
aa) Schutzzweck des Eigenkapitalersatzrechts .....	219
(1) Insolvenzzrechtliche Bezüge des Eigenkapitalersatzrechts.....	219
(a) Zeitlicher Zusammenhang zur Insolvenz.....	219
(b) Sachlicher Zusammenhang zur Insolvenz.....	220
(2) Gesellschaftsrechtlicher Regelungszweck des Eigenkapitalersatzrechts.....	221
bb) Verfahrensrechtliche Realisierung der einzelnen eigenkapitalersatzrechtlichen Ansprüche im Insolvenzverfahren .....	223
(1) §§ 30 f. GmbHG analog .....	224
(2) §§ 32 a Abs. 2, 3, 32 b GmbHG .....	226
(a) Insolvenzbezogene Anspruchsmerkmale und Rechtsfolgen.....	226
(b) Vergleichbarkeit mit Insolvenzanfechtungsklagen? .....	228
(c) Zwischenergebnis .....	230
(3) § 135 InsO.....	230
(a) Insolvenzbezogene Anspruchsmerkmale und Rechtsfolgen.....	231
(b) Rückschlüsse aus Art. 4 Abs. 2 S. 2 lit. m) EuInsVO? .....	233
(c) Zwischenergebnis .....	234
cc) Betroffene Zuständigkeitsinteressen .....	234
c) Ergebnis.....	237
2. Haftung im Konzern .....	237
a) System der konzernrechtlichen Ausgleichs- und Haftungsansprüche im deutschen Recht .....	238
b) Die Qualifikation der einzelnen Ansprüche .....	240

aa) Innenhaftung im Vertragskonzern gem. § 302 AktG (analog) .....	241
(1) Grundsätzliches .....	241
(2) Qualifikation der Innenhaftung im Vertragskonzern .....	243
bb) Außenhaftung im Vertragskonzern gem. § 303 AktG (analog) .....	245
(1) Anspruch des Gläubigers auf Sicherheitsleistung gem. § 303 Abs. 1, 3 AktG (analog) .....	245
(2) Direkter Zahlungsanspruch nach §§ 303, 322 AktG analog .....	247
(3) Zwischenergebnis .....	247
cc) Existenzvernichtungshaftung .....	247
(1) Insolvenzzrechtlicher Schutzzweck der Existenzvernichtungshaftung? .....	248
(a) Existenzvernichtungshaftung als „Insolvenzverursachungshaftung“? .....	248
(b) Vergleichbarkeit mit Insolvenzanfechtungsklagen? .....	250
(c) Zusammenhang zum Organisations- und Kapitalerhaltungsrecht der GmbH .....	250
(2) Wesentliche Modifikation einer Klage aus Existenzvernichtungshaftung im Insolvenzverfahren .....	252
(3) Zwischenergebnis .....	252
c) Betroffene Zuständigkeitsinteressen .....	253
aa) Gerichtsstand des Erfüllungsortes gem. Art. 5 Nr. 1 EuGVVO .....	254
bb) Gerichtsstand der unerlaubten Handlung gem. Art. 5 Nr. 3 EuGVVO .....	256
d) Ergebnis .....	257
3. Die Haftung des GmbH-Geschäftsführers und des AG-Vorstandes im deutschen Recht .....	258
a) Ersatzpflicht des GmbH-Geschäftsführers gem. § 64 Abs. 2 GmbHG .....	259
aa) Grundsätzliches .....	259
bb) Qualifikation der Haftung aus § 64 Abs. 2 GmbHG .....	259
(1) Insolvenzzrechtlicher Schutzzweck des § 64 Abs. 2 GmbHG? .....	260

(a)	Sicherung der Gläubigergleichbehandlung als Regelungszweck? .....	260
(b)	Sanktion der Verletzung gesellschaftsrechtlicher Organpflichten.....	262
(2)	Wesentliche Modifikation einer Klage aus § 64 Abs. 2 GmbHG im Insolvenzverfahren .....	263
(3)	Betroffene Zuständigkeitsinteressen .....	264
cc)	Ergebnis.....	265
b)	Schadensersatzanspruch gegen den GmbH- Geschäftsführer gem. § 64 Abs. 1 GmbHG i.V.m. § 823 Abs. 2 BGB.....	265
aa)	Grundsätzliches .....	265
bb)	Qualifikation des Anspruchs aus § 64 Abs. 1 GmbHG i.V.m. § 823 Abs. 2 BGB.....	268
(1)	Anspruch der Altgläubiger auf Ersatz des Quotenschadens .....	268
(a)	Insolvenzrechtlicher Schutzzweck der Haftung aus § 64 Abs. 1 GmbHG i.V.m. § 823 Abs. 2 BGB? .....	268
(b)	Wesentliche Modifikation einer Klage aus § 64 Abs. 1 GmbHG i.V.m. § 823 Abs. 2 BGB im Insolvenzverfahren.....	270
(2)	Anspruch der Neugläubiger auf Ersatz des Vertrauensschadens.....	271
(3)	Betroffene Zuständigkeitsinteressen .....	272
cc)	Ergebnis.....	273
II.	Gesellschaftsrechtlicher Gläubigerschutz im französischen Recht.....	273
1.	Die action en responsabilité pour insuffisance d'actif/action en comblement du passif gem. Art. L. 651-2 C.Com.....	275
a)	Grundsätzliches .....	275
b)	Qualifikation der action en comblement du passif.....	278
aa)	Zur Gesetzesänderung von 1985 und zum Wegfall der Verschuldensvermutung.....	278
bb)	Insolvenzrechtlicher Schutzzweck der action en comblement du passif ? .....	280
(1)	Insolvenzrechtliche Anspruchsmerkmale als Anhaltspunkte für einen insolvenzrechtlichen Zweck?.....	280

(a)	Eröffnung des Insolvenzverfahrens als Anspruchsvoraussetzung .....	281
(b)	Besonderheiten des Haftungsumfangs .....	282
(2)	Gleichmäßige Gläubigerbefriedigung als Regelungszweck? .....	283
(a)	Insolvenzrechtliche Kollektivklage der Gesellschaftsgläubiger? .....	283
(b)	Ausschluß einer individuellen Inanspruchnahme des Geschäftsleiters .....	285
(3)	Förderung der Sanierung als Regelungszweck? .....	286
(4)	Die action en complement du passif als Sanktion einer gesellschaftsrechtlichen Sorgfaltspflichtverletzung .....	287
cc)	Erfordernis einer besonderen Koordination der action en complement du passif mit dem Insolvenzverfahren .....	289
dd)	Betroffene Zuständigkeitsinteressen .....	290
c)	Ergebnis .....	292
2.	Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Geschäftsleiters gem. Artt. L. 624-4, L. 624-5 C.Com.a. F. ....	293
3.	Sonstige Haftungstatbestände .....	295
III.	Gesellschaftsrechtlicher Gläubigerschutz im englischen Recht .....	297
1.	Die Haftung aus fraudulent trading gem. sec. 213 Insolvency Act 1986 .....	298
a)	Grundsätzliches .....	298
b)	Qualifikation der Haftung aus fraudulent trading .....	299
aa)	Insolvenzrechtlicher Schutzzweck der Haftung aus fraudulent trading? .....	300
bb)	Betroffene Zuständigkeitsinteressen .....	301
c)	Ergebnis .....	301
2.	Die Haftung aus wrongful trading gem. sec. 214 Insolvency Act 1986 .....	302
a)	Grundsätzliches .....	302
b)	Qualifikation der Haftung aus wrongful trading .....	303
aa)	Insolvenzrechtlicher Schutzzweck der Haftung aus wrongful trading? .....	304
(1)	Insolvenzrechtliche Anspruchsmerkmale .....	304

(2) Gleichmäßige Gläubigerbefriedigung als Regelungszweck? .....	305
(3) Die Haftung aus wrongful trading als Sanktion einer gesellschaftsrechtlichen Sorgfaltspflichtverletzung .....	306
bb) Betroffene Zuständigkeitsinteressen .....	307
c) Ergebnis .....	308
3. Misfeasance proceedings gem. sec. 212 Insolvency Act 1986 .....	308
4. Durchgriffshaftung nach den Grundsätzen des „lifting the corporate veil“ .....	310
IV. Ergebnis .....	310
C. Sonstige Aktivprozesse des Insolvenzverwalters; insbesondere: Klagen über schuldnerische Ansprüche gegenüber Dritten .....	313
I. Streitigkeiten über Ansprüche des Insolvenzschuldners aus Geschäften vor Insolvenzverfahrenseröffnung .....	313
1. Grundsätzliches .....	313
2. Qualifikation von Klagen wegen Forderungen des Gemeinschuldners .....	314
a) Insolvenzspezifischer Verfahrenszweck? .....	314
b) Betroffene Zuständigkeitsinteressen .....	315
II. Klagen gegen den Ehegatten des Gemeinschuldners aufgrund insolvenzrechtlicher Vorschriften .....	316
III. Streitigkeiten über die Gültigkeit von nach Insolvenzeröffnung getätigten Rechtsgeschäften des Schuldners .....	317
IV. Ergebnis .....	319
D. Klagen auf Feststellung von Gläubigerforderungen zur Insolvenztabelle .....	319
I. Feststellungsklagen zur Insolvenztabelle in den nationalen Rechtsordnungen .....	322
1. Feststellungsstreitigkeiten im deutschen Recht .....	322
2. Feststellungsstreitigkeiten im französischen Recht .....	323
3. Feststellungsstreitigkeiten im englischen Recht .....	324
4. Rechtsvergleichende Zusammenfassung .....	325
a) Gerichtliche Zuständigkeit .....	325
b) Verfahrenstechnische Einbindung in das Sammelverfahren .....	326
c) Behandlung anhängiger Rechtsstreitigkeiten .....	327

II. Qualifikation von Feststellungsklagen zur Insolvenztabelle.....	328
1. Nach Verfahrenseröffnung eingeleitete Feststellungsstreitigkeiten .....	329
a) Rückschlüsse aus Art. 4 Abs. 2 S. 2 lit. h) und lit. i) EuInsVO .....	329
b) Qualifikation nach konkretem „Streitgegenstand“ .....	330
aa) Klagen betreffend Rangfragen .....	330
(1) Insolvenzspezifischer Verfahrenszweck.....	331
(2) Erfordernis einer Koordination mit dem Insolvenzverfahren, insbesondere zum Zweck der Gläubigergleichbehandlung .....	331
(3) Ziel eines Gleichlaufs zwischen internationaler Zuständigkeit und anwendbarem Recht.....	333
(4) Zwischenergebnis.....	333
bb) Klagen betreffend den Bestand einer Forderung .....	333
(1) Allgemein zivil- und handelsrechtliche Forderungen .....	334
(a) Insolvenzspezifischer Verfahrenszweck .....	334
(b) Erfordernis einer Koordination mit dem Insolvenzverfahren? .....	336
(2) Öffentlichrechtliche und arbeitsrechtliche Forderungen .....	337
c) Berücksichtigung beteiligter Verfahrensinteressen.....	339
aa) Sachgerechtigkeit eines ausschließlichen Gerichtsstandes für alle Feststellungsklagen zur Insolvenztabelle am hauptsächlichen schuldnerischen Interessenmittelpunkt .....	339
(1) Sachnähe der Gerichte am hauptsächlichen schuldnerischen Interessenmittelpunkt.....	339
(2) Bedenken hinsichtlich der individuellen Zuständigkeitsgerechtigkeit .....	341
(a) Erfordernis der Berücksichtigung allseitiger Zuständigkeitsinteressen .....	342
(b) Insbesondere: Berücksichtigung schutzwürdiger Zuständigkeitsinteressen von Arbeitnehmern.....	343
(3) Erfordernis eines einheitlichen Gerichtsstandes für Feststellungsklagen zur Insolvenztabelle .....	344
bb) Rechtfertigung der privilegierten Anerkennung und Vollstreckung.....	346
d) Ergebnis.....	347

2.	Anhängige Verfahren .....	347
a)	Internationale Zuständigkeit .....	347
b)	Anerkennung und Vollstreckung .....	349
III.	Ergebnis .....	350
E.	Streitigkeiten über die Eigenschaft einer Forderung als Masse- oder Insolvenzforderung .....	351
F.	Aus- und Absonderungsklagen .....	353
I.	Aus- und Absonderungsklagen in den nationalen Rechtsordnungen .....	354
1.	Aus- und Absonderungsklagen im deutschen Recht .....	354
2.	Aus- und Absonderungsklagen im französischen Recht .....	355
3.	Aus- und Absonderungsklagen im englischen Recht .....	356
II.	Qualifikation von Aus- und Absonderungsklagen .....	357
1.	Belegenheit des Gegenstandes im Insolvenzstaat als Voraussetzung einer Attraktivzuständigkeit für Aus- und Absonderungsklagen .....	358
2.	Aussonderungsklagen .....	359
3.	Absonderungsklagen .....	362
a)	Eigenverwertung durch den gesicherten Gläubiger .....	362
aa)	Enger Zusammenhang zum Insolvenzverfahren? .....	362
bb)	Betroffene Zuständigkeitsinteressen .....	364
b)	Verwertung des Sicherungsgegenstandes durch den Verwalter .....	365
III.	Ergebnis .....	367
G.	Streitigkeiten über durch Verträge des Insolvenzverwalters begründete Ansprüche gegen die Masse und über sonstige Masseforderungen .....	367
I.	Geltendmachung von Masseforderungen in den nationalen Rechtsordnungen .....	369
II.	Qualifikation von Streitigkeiten über Masseforderungen .....	370
1.	Durch Verträge des Insolvenzverwalters begründete Ansprüche gegen die Masse .....	370
a)	Enger Zusammenhang zum Insolvenzverfahren? .....	370
b)	Betroffene Zuständigkeitsinteressen .....	372
2.	Sonstige Masseforderungen .....	373
III.	Ergebnis .....	374
H.	Streitigkeiten über den Fortbestand schwebender Rechtsgeschäfte des Gemeinschuldners .....	375

I.	Allgemeines .....	375
II.	Qualifikation von Streitigkeiten über den Fortbestand schwebender Rechtsgeschäfte des Gemeinschuldners.....	376
1.	Fortbestand eines Rechtsgeschäfts als Vorfrage .....	377
2.	Fortbestand eines Rechtsgeschäfts als eigentlicher Streitgegenstand .....	378
III.	Ergebnis .....	379
I.	Haftungsklagen gegen den Insolvenzverwalter.....	380
I.	Haftung des Insolvenzverwalters in den nationalen Rechtsordnungen.....	380
1.	Haftung des Insolvenzverwalters im deutschen Recht.....	380
2.	Haftung des Insolvenzverwalters im französischen Recht....	381
3.	Haftung des Insolvenzverwalters im englischen Recht.....	382
4.	Rechtsvergleichende Zusammenfassung .....	383
II.	Qualifikation von Haftungsklagen gegen den Insolvenzverwalter .....	384
1.	Haftungsklagen bei gemeinschaftlichen Gläubigerschäden..	384
a)	Insolvenzspezifischer Verfahrenszweck .....	384
b)	Erfordernis einer Koordination mit dem Insolvenzverfahren .....	385
c)	Ziel eines Gleichlaufs zwischen internationaler Zuständigkeit und anwendbarem Recht .....	386
d)	Betroffene Verfahrensinteressen.....	387
e)	Zwischenergebnis .....	388
2.	Haftungsklagen bei individuellen Schäden.....	388
a)	Insolvenzspezifischer Verfahrenszweck .....	389
b)	Erfordernis einer Koordination mit dem Insolvenzverfahren .....	390
aa)	Verknüpfung mit dem Insolvenzverfahren.....	390
bb)	Nichtinsolvenzrechtliche Qualifikation der klageweisen Geltendmachung von Masseforderungen..	391
c)	Betroffene Verfahrensinteressen.....	391
III.	Ergebnis .....	393
J.	Streitigkeiten zwischen Schuldner und Insolvenzverwalter .....	393
I.	Insolvenzspezifischer Verfahrenszweck.....	394
II.	Erfordernis einer Koordination mit dem Insolvenzverfahren ...	394
III.	Ziel eines Gleichlaufs zwischen internationaler Zuständigkeit und anwendbarem Recht .....	395
IV.	Betroffene Verfahrensinteressen .....	396

V. Ergebnis .....	396
Zusammenfassendes Ergebnis und Ausblick.....	397
Anhang .....	401
Literaturverzeichnis .....	403
Sachregister .....	425

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AG	Aktiengesellschaft
	Amtsgericht (mit Ortsname)
	Zeitschrift Die Aktiengesellschaft (mit Jahres- und Seitenangabe)
AktG	Aktiengesetz
al.	alinea
ALD	Actualité législative Dalloz
All ER	All England Law Reports
Am. Bankr.L.J.	American Bankruptcy Law Journal
AnfO	Österreichische Anfechtungsordnung vom 10.12.1914, RGBl. 1914/337
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVAG	Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen
BB	Betriebs-Berater
B.C.C.	British Company Cases
B.C.L.C.	British Company Law Cases
Bearb.	Bearbeiter
Begr.	Begründer
Beschl. v.	Beschluß vom
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
B.R.D.A.	Bulletin rapide de droit des affaires
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
Bull. civ.	Bulletin des arrêts civils
Bull. Joly	Bulletin Joly
bzw.	beziehungsweise
C.Civ.	Code Civil

C.Com.	Code de commerce
CA	Cour d'appel
Cass.Civ.	Cour de cassation, chambre civile
Cass.Com.	Cour de cassation, chambre commerciale
C.Cass.	Cour de cassation
C.Cassazione	Corte di Cassazione
CEE	Communauté Economique Européenne
Ch D	High Court of Justice, Chancery Division
Chron.	Chronique
CJCE	Cour de Justice des Communautés Européennes
Clunet	Journal du droit international
D.P.C.I.	Droit et pratique du commerce international
Dalloz	Recueil Dalloz Sirey
Dalloz aff.	Dalloz affaires
d. Verf.	der Verfasserin
DB	Der Betrieb
Diss.	Dissertation
DöKV	Deutsch-österreichischer Konkursvertrag vom 25.5.1979
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EBOR	European Business Organization Law Review
EC	European Community
EEC	European Economic Community
EG	Europäische Gemeinschaften Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung von Amsterdam (mit vorangestellter Artikelbezeichnung)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung von Maastricht
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuBVO	Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28.5.2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen
EuEheVO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27.11.2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968, zuletzt geändert durch das Beitrittsübereinkommen vom 29.11.1996
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuInsÜ	EU-Übereinkommen über Insolvenzverfahren vom 23.11.1995
EuInsVO	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29.5.2000 über Insolvenzverfahren
EuZPR	Europäisches Zivilprozeßrecht
EuZVO	Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29.5.2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
Fn.	Fußnote
FK	Frankfurter Kommentar
Forum Int.	Forum International
FS	Festschrift
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HBÜ	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 18.3.1970
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HZÜ	Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15.11.1965
IEG	Österreichisches Insolvenzrechtseinführungsgesetz vom 10.12.1914
ILPr	International Litigation Procedure
Inf.Rap.	Informations rapides
InsO	Insolvenzordnung
IntGesR	internationales Gesellschaftsrecht
IntInsR	internationales Insolvenzrecht
IPR	internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts

IPRG	IPR-Gesetz
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinn
IZPR	internationales Zivilprozeßrecht
IZVR	internationales Zivilverfahrensrecht
JCP E	Semaine Juridique (édition entreprise)
Jhdt.	Jahrhundert
J.O. / J.O.R.F.	Journal officiel (de la République Française)
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KO	Konkursordnung
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht – Konkurs Treuhand Sanierung
LG	Landgericht
LIE	Loi pour l'initiative économique
lit.	Litera
LM	Nachschlagewerk des BGH, hrsg. von Lindenmaier/Möhring
Ltd.	Limited
LugÜ	Luganer Übereinkommen vom 16.9.1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
m. Anm.	mit Anmerkung
m. Bespr.	mit Besprechung
MünchKomm	Münchener Kommentar
n. F.	neue Fassung
NIPR	Nederlands Internationaal Privaatrecht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht
ÖBA	Österreichisches Bank-Archiv
obs.	observation
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
OLG	Oberlandesgericht
östKO	Österreichische Konkursordnung
RebelsZ	Rebels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rev.crit.dr.int.priv.	Revue critique de droit international privé
Rev.trim.dr.Europ.	Revue trimestrielle de droit Européen
Riv.dir.fall.soc.com.	Rivista di diritto fallimentare e delle società commerciali
Riv.dir.int.	Rivista di diritto internazionale
Riv.dir.int.priv.proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale

Rn.	Randnummer
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rev. Soc.	Revue des sociétés
Rs.	Rechtssache
RTDcom	Revue trimestrielle de droit commercial
S.	Seite, Satz
S.A.	Société Anonyme
S.A.R.L.	Société à responsabilité limitée
sec.	section
SchKG	Schweizerisches Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs
Slg.	Sammlung
std. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
sog.	sogenannt
Somm.	Sommaires commentés
u. a.	unter anderem/anderen
UmwG	Umwandlungsgesetz
Unterabs.	Unterabsatz
Urt. v.	Urteil vom
u. U.	unter Umständen
v.	versus, von
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
WLR	Weekly Law Reports
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIK	Zeitschrift für Insolvenzrecht und Kreditschutz
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozeß International



## Einleitung

Um die Abwicklung grenzüberschreitender Insolvenzen zu vereinfachen, gilt in der Europäischen Union seit dem 31. Mai 2002 die Europäische Insolvenzverordnung.<sup>1</sup> Erste Urteile zeigen jedoch, daß die Anwendung der Vorschriften Schwierigkeiten bereitet: „Das EU-Insolvenzrecht offenbart Tücken im Detail“.<sup>2</sup>

Diese „Tücken“ der EuInsVO haben sich in der Rechtsprechung, die seit dem Inkrafttreten der Verordnung ergangen ist, vorwiegend in zwei Problemkreisen<sup>3</sup> gezeigt: Hier geht es zum einen um die Frage nach den Kriterien zur Bestimmung der internationalen Eröffnungszuständigkeit für Insolvenzverfahren, insbesondere im Fall der Insolvenz konzernverbundener

---

<sup>1</sup> VO (EG) Nr. 1346/2000 des Rates über Insolvenzverfahren von 29.5.2000, ABl. EG 2000 L 160/1, im folgenden: EuInsVO; allgemein dazu *Lehr*, KTS 2000, 577; *Leible/Staudinger*, KTS 2000, 533; *Deipenbrock*, EWS 2001, 113; *Eidenmüller*, IPRax 2001, 2; *Peter Huber*, ZZP 114 (2001), 133; *ders.*, EuZW 2002, 490; *Kemper*, ZIP 2001, 1609; *Morse*, FS Friedrich K. Juenger (Ardsley, NY 2001), 227; *Wimmer*, ZInsO 2001, 97; *ders.*, NJW 2002, 2427; *Christoph Becker*, ZEuP 2002, 287; *Martini*, ZInsO 2002, 505; *Starace*, Riv.dir.int.2002, 294; *Ehrlicke/Ries*, JuS 2003, 313; *Wessels*, European Union Regulation on Insolvency Proceedings (Amsterdam 2003). Mit dem Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern am 1.5.2004 ist die EuInsVO auch in diesen Staaten in Kraft getreten.

<sup>2</sup> So FAZ v. 20.8.2003, S. 17.

<sup>3</sup> Neben den im folgenden zu erläuternden Schwierigkeiten ist die Frage aufgetreten, wie nach der EuInsVO im Falle einer Veränderung der zuständigkeitsbegründenden Merkmale nach Antragstellung und vor Verfahrenseröffnung vorzugehen ist. Der EuGH hat sich nunmehr in seiner ersten Entscheidung zur EuInsVO gegen eine Veränderung der Zuständigkeit bei Verlegung des hauptsächlichen Interessenmittelpunktes nach Antragstellung und vor Verfahrenseröffnung und damit für eine perpetuatio fori ausgesprochen, vgl. EuGH 17.1.2006 – Rs. C-1/04, ZIP 2006, 188 – *Susanne Staubitz-Schreiber*; dazu *Knof/Mock*, ZIP 2006, 189. Kritisch zu den Schlußanträgen des GA *Colomer* (ZIP 2005, 1641) *Brenner*, ZIP 2005, 1646. Vgl. auch den Vorlagebeschluß des BGH 27.11.2003, NZI 2004, 139 m. Anm. *Liersch* 141, dazu *Mankowski*, EWiR Art. 3 EuInsVO 1/04, 229; *ders.*, RIW 2004, 587, 599 f.; *Oberhammer*, ZInsO 2004, 761, 762-764; *Weller*, IPRax 2004, 412; *Laukemann*, RIW 2005, 104-112. A.A. noch der Court of Appeal Civil Division 27.7.2005, NZI 2005, 571 mit kritischer Anm. *Mankowski* 575. Zur Frage der Wohnsitverlegung kurz vor der Antragstellung vgl. AG Celle 18.4.2005, NZI 2005, 410; dazu *Mankowski*, NZI 2005, 368-373.

Unternehmen.<sup>4</sup> Zum anderen bestehen Schwierigkeiten bei der Lösung von Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten mehrerer Mitgliedstaaten.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Die Frage nach den Kriterien zur Bestimmung des zur Insolvenzverfahrenseröffnung zuständigen Gerichts im Falle von Konzerninsolvenzen hat der Supreme Court Ireland 27.7.2004, NZI 2004, 505 - *Eurofood/Parmalat*, dem EuGH zur Vorabentscheidung vorgelegt; siehe hierzu *Wimmer*, ZInsO 2005, 119. Vgl. nunmehr die Schlußanträge des *GA Francis Jacobs v. 27.9.2005* – Rs. C-341/04 – *Eurofood/Parmalat*, ZIP 2005, 1878; dazu *Pannen/Riedemann*, EWiR Art. 16 EuInsVO 2/05, 725.

Siehe zur Problematik auch High Court of Justice Chancery Division Companies Court England 7.2.2003, ZIP 2003, 813 – *BRAC Rent-a-car*; High Court of Justice Leeds, 16.5.2003, ZIP 2003, 1362 – *Re Daisytek-ISA Limited & Ors* (Leitsätze und Gründe) = ZIP 2004, 963 (ausführliche Entscheidungsgründe in englischer Originalfassung) = NZG 2004, 340 (deutsche Übersetzung der ausführlichen Entscheidungsgründe); dazu *Paulus*, EWiR Art. 3 EuInsVO 2/03, 709 f.; *ders.*; ZIP 2003, 1725-1729; *Herchen*, ZInsO 2004, 61-66; *Sabel*, NZI 2004, 126 f.; High Court Dublin 23.3.2004, ZIP 2004, 1223; dazu *Herweg/Tschauner*, EWiR Art. 3 EuInsVO 5/04, 599 f.; High Court of Justice Birmingham 18.4.2005, NZI 2005, 467 – *MG Rover m. Anm. Penzlin/Riedemann* 469; dazu *Mankowski*, EWiR Art. 3 EuInsVO 4/05, 437; Tribunale Civile di Parma 19.2.2004, ZIP 2004, 1220; dazu *Riera/Wagner*, EWiR Art. 3 EuInsVO 4/04, 597 f.; AG Mönchengladbach 27.4.2004, ZIP 2004, 1064 m. Anm. *Bähr/Riedemann*, 1066-1068; AG München, 4.5.2004, ZIP 2004, 962; dazu *Paulus*, EWiR Art. 3 EuInsVO 2/04, 493 f.; AG Siegen 1.7.2004, NZI 2004, 673; dazu *Mankowski*, EWiR Art. 3 EuInsVO 2/05, 175; AG Offenburg, 2.8.2004, NZI 2004, 673; dazu *Pannen/Riedemann*, EWiR Art. 3 EuInsVO 1/05, 73; Tribunal de commerce Nanterre 19.5.2005, Dalloz 2005, 1787 – *MG Rover France note Damman* 1789; siehe auch FAZ v. 13.7.2005, S. 21.

<sup>5</sup> Auch die Frage, ob im Rahmen der EuInsVO bei Kompetenzkonflikten das Prioritätsprinzip gilt, hat der Supreme Court Ireland 27.7.2004, NZI 2004, 505 - *Eurofood/Parmalat* nunmehr dem EuGH zur Vorabentscheidung vorgelegt; siehe hierzu *Wimmer*, ZInsO 2005, 119. Vgl. nunmehr die Schlußanträge des *GA Francis Jacobs v. 27.9.2005* – Rs. C-341/04 – *Eurofood/Parmalat*, ZIP 2005, 1878, die sich für eine Geltung des Prioritätsprinzips aussprechen; zu den Schlußanträgen *Pannen/Riedemann*, EWiR Art. 16 EuInsVO 2/05, 725. Für eine Geltung des Prioritätsprinzips auch das LG Hamburg 18.8.2005, NZI 2005, 645. Die nahezu einhellige Meinung in der Literatur spricht sich ebenfalls für eine Geltung des Prioritätsprinzips in der EuInsVO aus, vgl. *Balz*, ZIP 1996, 948, 949; *Lüke*, ZZZ 111 (1998), 275, 290; *Peter Huber*, ZZZ 114 (2001), 133, 143 f.; *Kemper*, ZIP 2001, 1609, 1613; *Christoph Becker*, ZEuP 2002, 287, 304; *Ehrlicke/Ries*, JuS 2003, 313, 314; *Paulus*, ZIP 2003, 1725, 1727; MünchKomm InsO (-*Reinhart*), Art. 3 EuInsVO Rn. 3; *Herchen*, ZInsO 2004, 61, 63 f., *ders.*, ZInsO 2004, 825, 829; *Herweg/Tschauner*, EWiR Art. 3 EuInsVO 3/04, 495, 496; *Kübler*, FS Walter Gerhardt (2004), 527, 558-561; *Oberhammer*, ZInsO 2004, 761, 762; *Weller*, IPRax 2004, 412, 416 f.; *Dammann*, Dalloz 2005, 1789, 1791; *Gebauer/Wiedmann(-Haubold)*, Art. 3 Rn. 76; *Herchen*, ZIP 2005, 1401-1406; *Peter Huber*, FS Andreas Heldrich (2005), 679, 681 f.; *Laukemann*, RIW 2005, 104, 108-110, 112; *Pannen/Riedemann*, EWiR Art. 3 EuInsVO 1/05, 73; *Raimon*, Clunet 132 (2005), 739, 758; *ders.*; Dalloz 2005, 1779, 1781; a. A. *Mankowski*, EWiR Art. 3 EuInsVO 3/03, 767, 768; *ders.*, RIW 2004, 587, 597 f.; kritisch *Carstens*, Die internationale Zuständigkeit im europäischen Insolvenzrecht (2005), 87-92.

In zwei Entscheidungen des BGH<sup>6</sup> und des OLG Wien<sup>7</sup> ist eine weitere „Tücke“ der EuInsVO offensichtlich geworden.<sup>8</sup> Es handelt sich hierbei um die in der EuInsVO nicht ausdrücklich geregelte Frage nach der internationalen Zuständigkeit für sog. Einzel- oder Annexverfahren, zu denen es im Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren kommen kann. Zu diesen insolvenzbezogenen Einzelverfahren gehören z. B. Anfechtungsklagen des Insolvenzverwalters oder die Geltendmachung von Ansprüchen des Gemeinschuldners, Haftungsklagen gegen die Geschäftsleiter einer insolventen Gesellschaft oder ihre Gesellschafter, aber auch Streitigkeiten über die Feststellung einer Forderung zur Tabelle und Ab- oder Ausschlussklagen. Es ist unklar, ob die Gerichte des Insolvenzstaates als Folge der Eröffnung des Insolvenzverfahrens die internationale Zuständigkeit für diese Verfahren an sich ziehen, oder ob es bei den Gerichtsständen bleibt, die auch außerhalb eines Insolvenzverfahrens, insbesondere nach der EuGVVO<sup>9</sup>, eröffnet sind.

Die Hauptursache für diese Unsicherheit bei der Bestimmung der *internationalen* Zuständigkeit liegt darin, daß auf *nationaler* Ebene die rechtspolitische Entscheidung, ob Streitigkeiten im Zusammenhang mit einer Insolvenz besser direkt vom Insolvenzgericht im Rahmen des Insolvenzverfahrens oder in getrennten Zivilverfahren abzuwickeln sind, in den einzelnen Rechtsordnungen unterschiedlich ausgefallen ist. Die nationalen Gesetzgeber stehen hier vor der Abwägungsentscheidung, ob eine Zuständigkeitskonzentration beim Insolvenzgericht, also eine sog. „*vis attractiva concursus*“, eine Gefahr für den raschen Verfahrensgang bedeutet oder die Konkursverwaltung erleichtert.<sup>10</sup> Bejaht man letzteres, so ist fraglich, ob dieser Umstand genügt, die Interessen anderer, die durch die verdrängten Gerichtsstandsbestimmungen geschützt werden, zurückzusetzen.<sup>11</sup>

---

<sup>6</sup> BGH 27.5.2003, NJW 2003, 2916; dazu *Haubold*, EuZW 2003, 703; *Leible*, LM 2004, 14; *Mankowski*, NZI 2003, 546; *Mörsdorf-Schulte*, IPRax 2004, 31.

<sup>7</sup> OLG Wien 17.10.2003 - 3R151/03b (unveröffentlicht); dazu *Oberhammer*, ZInsO 2004, 761, 765.

<sup>8</sup> Zwei neuere Entscheidungen der französischen Cour de cassation, die ebenfalls im Zusammenhang zur vorliegenden Fragestellung stehen, betreffen Sachverhalte vor Inkrafttreten der EuInsVO; vgl. Cass.Com. 5.5.2004, Rev.crit.dr.int.pr. 2005, 104 note *Bureau 106* = Dalloz 2004, 1796 obs. *Vallens*, obs. *Henry* 2145 = Rev. Soc. 2004, 715 note *Le Corre* 717; Cass.com. 24.5.2005, Dalloz 2005, 1553 note *Lienhard*.

<sup>9</sup> VO (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22.12.2000, ABl. EG 2001 L 12/1, im folgenden: EuGVVO.

<sup>10</sup> *Haas*, NZG 1999, 1148, 1149.

<sup>11</sup> *Virgós Soriano in Hommelhoff/Jayme/Mangold* (Hrsg.), Europäischer Binnenmarkt: internationales Privatrecht und Rechtsangleichung (1995), 51, 57; *Jahr in Kegel/Thieme* (Hrsg.), Vorschläge und Gutachten (1988), 305, 315 f.

Unterschiedliche Abwägungsergebnisse zu diesen Fragen in den nationalen Prozeßordnungen haben zur Folge, daß die *vis attractiva concursus*, also die Zuständigkeitskonzentration beim Insolvenzforum, nicht gleich stark ausgeprägt ist und in manchen Rechtsordnungen sogar vollkommen fehlt. Dies konnte bisher auf internationaler Ebene zu Kompetenzkonflikten führen, weil eine einheitliche Regelung zur internationalen Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren nicht bestand und die nationalen Gerichte deshalb ihre internationale Zuständigkeit entsprechend dem jeweiligen Maß ihrer *vis attractiva concursus* unterschiedlich bestimmten.

Durch EuInsVO und EuGVVO ist auf europäischer Ebene die Zuständigkeitsverteilung nunmehr vereinheitlicht worden. Die EuInsVO regelt die internationale Zuständigkeit für Insolvenzverfahren, d. h. gemäß der Legaldefinition des Art. 1 Abs. 1 EuInsVO für Gesamtverfahren, die die Insolvenz des Schuldners voraussetzen. Im Gegensatz dazu gelten die EuGVVO wie auch das Brüsseler<sup>12</sup> und Luganer<sup>13</sup> Übereinkommen nicht für „Konkurse, Vergleiche und ähnliche Verfahren“.<sup>14</sup> Diese Verordnung bzw. diese Übereinkommen regeln vielmehr, vorbehaltlich weiterer Ausnahmetatbestände, die internationale Zuständigkeit für sonstige Zivil- und Handelssachen. Es stellt sich die Frage, ob durch die genannten Rechtsakte nun auch die internationale Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren einheitlich – möglicherweise im Sinne einer Zuständigkeitskonzentration – geregelt worden ist, so daß die zuvor angesprochenen möglichen Kompetenzkonflikte in Zukunft nicht mehr auftreten können.

Im Gegensatz zu den in den Übereinkommensentwürfen von 1970<sup>15</sup> und 1980<sup>16</sup> vorgesehenen ausdrücklichen Regelungen zur *vis attractiva concur-*

---

<sup>12</sup> Brüsseler Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968, ABl. EG 1972 L 299/32; in der Fassung des 4. Beitrittsübereinkommens vom 29.11.1996 in ABl. EG 1997 C 15/1, im folgenden: EuGVÜ.

<sup>13</sup> Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16.9.1988, BGBl. 1994 II 2660, im folgenden: LugÜ.

<sup>14</sup> Vgl. Art. 1 Abs. 2 lit. b) EuGVVO; Art. 1 Abs. 2 Nr. 2 EuGVÜ; Art. 1 Abs. 2 Nr. 2 LugÜ.

<sup>15</sup> Vorentwurf eines Übereinkommens über den Konkurs, Vergleiche und ähnliche Verfahren (1970), im folgenden: Übereinkommensentwurf von 1970, abgedruckt in KTS 1971, 167; RabelsZ 36 (1972), 734; Kegel/Thieme (Hrsg.), Vorschläge und Gutachten (1988), I; dazu Ganshof, Cahiers de droit européen 7 (1971), 146; Jahr, RabelsZ 36 (1972), 620; Walther J. Habscheid, FS Heinz Paulick (1973), 227; Hauschild, ÖJZ 1973, 10.

<sup>16</sup> Entwurf eines Übereinkommens über den Konkurs, Vergleiche und ähnliche Verfahren (1980), im folgenden: Übereinkommensentwurf von 1980, abgedruckt in ZIP 1980, 582, abgedruckt und kommentiert in Kegel/Thieme (Hrsg.), Vorschläge und Gutachten (1988), 43; dazu Lemontey, Bericht über das Übereinkommen über den Kon-

sus schweigt die EuInsVO jedoch zur internationalen Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren: „In gewissem Maße ließ man diese [Einzel-]Verfahren, bewußt oder unbewußt, aber doch im Niemandsland stehen“.<sup>17</sup> Nach der Entstehungsgeschichte ist unklar, ob eine Zuständigkeitsregelung für insolvenzbezogene Einzelverfahren vergessen<sup>18</sup> oder zur Konfliktvermeidung weggelassen wurde.<sup>19</sup> Die EuInsVO enttäuscht damit zunächst die Erwartung, daß die Schwierigkeiten mit insolvenzbezogenen Einzelverfahren durch ein europäisches internationales Insolvenzrecht beseitigt würden.<sup>20</sup>

Obwohl in der EuInsVO also eine ausdrückliche Regelung der internationalen Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren fehlt, werden Entscheidungen, die in diesen Verfahren ergehen, gem. Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO nach der EuInsVO anerkannt und vollstreckt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die internationale Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren in der EuInsVO – wenn auch nicht ausdrücklich und in Form einer direkten Zuständigkeitsvorschrift – indirekt geregelt ist, oder zur Vermeidung von Wertungswidersprüchen im Wege einer Analogie zu Art. 3 Abs. 1 EuInsVO bestimmt werden muß. In letzterem Fall wären die Gerichte des Staates der Insolvenzverfahrenseröffnung im Sinne einer *vis attractiva concursus* auch für insolvenzbezogene Einzelverfahren international zuständig.

Wird für insolvenzbezogene Annexverfahren eine solche internationale Attraktivzuständigkeit der Gerichte im Insolvenzstaat in Analogie zu Art. 3 Abs. 1 EuInsVO bejaht, dann ist weiterhin zu untersuchen, welche Einzelverfahren bzw. Entscheidungen gem. Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO „unmittelbar aufgrund des Insolvenzverfahrens ergehen und in einem engen Zusammenhang damit stehen“, so daß sie von dieser *vis attractiva concursus* erfaßt und nach Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO anerkannt und vollstreckt werden. Diese Frage ist wegen der Vielzahl möglicher Einzelverfahren im Zusammenhang mit einer Insolvenz von großer praktischer

---

kurs, Vergleiche und ähnliche Verfahren, abgedruckt in ZIP 1981, 547, 673, 791, und in *Kegel/Thieme* (Hrsg.), *Vorschläge und Gutachten* (1988), 93; *Großfeld*, ZIP 1981, 925; *Thieme*, *RabelsZ* 45 (1981), 459; *Ganshof*, *Cahiers de droit européen* 18 (1983), 163-175; *Daniele*, *Il fallimento nel diritto internazionale privato e processuale* (Padua 1987), 225-311; *ders.*, *Cahiers de droit européen* 23 (1987), 512; *Leipold*, FS Waseda Universität (Tokyo 1988), 787.

<sup>17</sup> *Leipold in Stoll* (Hrsg.), *Vorschläge und Gutachten* (1997), 185, 198.

<sup>18</sup> *Leipold*, FS Akira Ishikawa (2001), 221, 231; *Carstens*, *Die internationale Zuständigkeit im europäischen Insolvenzrecht* (2005), 107.

<sup>19</sup> *Haubold*, *EuZW* 2003, 703.

<sup>20</sup> *Haubold*, *IPRax* 2002, 157, 161.

Relevanz<sup>21</sup> und betrifft vor allem das Vertrauen des Rechtsverkehrs in die allgemeinen Zuständigkeiten, die außerhalb der Insolvenz zum Tragen kommen. Denn die unflexible ausschließliche Zuständigkeit der Gerichte im Insolvenzstaat nach der EuInsVO verändert deutlich das sorgfältig differenzierte Gefüge der Zuständigkeiten nach der EuGVVO, die für verschiedene Streitgegenstände sachgerechte Gerichtsstände schaffen will. Außerdem kann die Frage nach der internationalen Zuständigkeit auch das anwendbare Recht beeinflussen.<sup>22</sup>

Wird eine Attraktivzuständigkeit der Gerichte im Insolvenzstaat abgelehnt, so bleibt die Abgrenzungsfrage in Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO trotzdem relevant. Denn auch wenn eine Bestimmung der internationalen Zuständigkeit nicht nach den Regeln der EuInsVO erfolgt, so gilt diese Verordnung jedenfalls für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in insolvenzbezogenen Einzelverfahren, die „unmittelbar aufgrund des Insolvenzverfahrens ergehen und in einem engen Zusammenhang damit stehen“. Auch hier stellte sich dann die Frage, für welche Einzelverfahren ein solcher enger Zusammenhang besteht, so daß sich Anerkennung und Vollstreckung nicht nach der EuGVVO, sondern nach Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO richten.<sup>23</sup>

Die Frage nach der Reichweite des Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO bereitet deshalb Schwierigkeiten, weil Einzel- oder Annexverfahren, die regelmäßig im Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren eingeleitet werden, in den nationalen Rechtsordnungen unterschiedlich qualifiziert werden. So werden bestimmte Einzelverfahren in einigen Mitgliedstaaten als allgemeine zivilrechtliche, in anderen jedoch als insolvenzrechtliche Streitigkeit eingeordnet. Eine einheitliche Entscheidung, ob ein bestimmtes insolvenzbezogenes Einzelverfahren den Zuständigkeitsregeln der EuGVVO oder der EuInsVO unterfällt, kann sich somit nicht nur aus einer rechtsvergleichenden Betrachtung ergeben. Ein paralleles Problem stellt sich bei der Frage des anwendbaren Rechts, wenn es darum geht, ob auf einen bestimmten Streitgegenstand gem. Art. 4 EuInsVO das Recht des Insolvenzstaates, also die *lex fori concursus* anwendbar ist, oder ob es bei der nach dem allgemeinen internationalen Privatrecht anzuwendenden Rechtsordnung bleibt. Auch hier bestehen im autonomen Recht der einzel-

---

<sup>21</sup> Anders noch *Lemontey*, *Rev. crit. dr. int. priv.* 1979, 661, 665 im Hinblick auf das geplante Insolvenzübereinkommen: „[...] lorsque la convention sur la faillite sera en vigueur, il importera peu que l'action en comblement du passif relève de l'une ou l'autre convention aussi bien pour la compétence que pour l'exécution. Le débat sera alors purement académique.“; ähnlich *Bismuth*, *Rev. Soc.* 1980, 529, 542.

<sup>22</sup> *Weller*, *IPRax* 2004, 412; mit Beispielen *Lorenz*, *Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen* (2005), 58 f., 67-69.

<sup>23</sup> *Lorenz*, *Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen* (2005), 77.

nen Mitgliedstaaten gravierende Qualifikationsunterschiede. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit solchen Ansprüchen, die den Schutz der Gläubiger einer Gesellschaft in der Insolvenz betreffen. Auch im Kollisionsrecht ist die Qualifikationsfrage, die bereits im Verfahrensrecht auftritt, also von erheblicher praktischer Relevanz.

Vor dem Hintergrund all dieser Unsicherheiten wird in der Literatur bedauert, daß die Frage nach dem Bestehen und dem Umfang einer vis attractiva concursus in der EuInsVO „[...] hier letztlich im Unklaren bleiben [muß] – nicht nur aus Gründen des Umfanges, sondern auch, weil ich es noch nicht besser weiß.“<sup>24</sup> Positiv wird formuliert, daß „eigentlich interessant [...] für die Zukunft [ist], wie sich die internationale Zuständigkeit für Aktivklagen des Insolvenzverwalters im europäischen System und dessen Lücken zurechtfindet.“<sup>25</sup>

Zur Beantwortung dieser Frage soll die vorliegende Untersuchung einen Beitrag leisten. Hierfür ergibt sich nach den zuvor aufgezeigten Problembereichen die folgende Vorgehensweise: Nach einer Einführung in die Problematik der vis attractiva concursus in grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren (hierzu Teil 1) ist zu untersuchen, ob der EuInsVO eine Regelung zur internationalen Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelverfahren im Sinne einer vis attractiva concursus oder in anderer Form zu entnehmen ist, oder ob zur Bestimmung der internationalen Zuständigkeit für diese Verfahren andere Zuständigkeitsvorschriften, beispielsweise die der EuGVVO, heranzuziehen sind (hierzu Teil 2). Schließlich ist der Frage nachzugehen, auf welche Arten von insolvenzbezogenen Einzelverfahren sich die Anerkennungs- und Vollstreckungsvorschrift des Art. 25 Abs. 1 Unterabs. 2 EuInsVO und gegebenenfalls eine Attraktivzuständigkeit der Gerichte im Insolvenzstaat erstrecken. Hierbei sind zunächst die maßgeblichen Qualifikationskriterien zu entwickeln (hierzu Teil 3). Anhand dieser Kriterien können anschließend bestimmte Typen insolvenzbezogener Verfahren daraufhin untersucht werden, ob sie in den sachlichen Anwendungsbereich der EuGVVO oder EuInsVO fallen (hierzu Teil 4).

---

<sup>24</sup> *Oberhammer*, ZInsO 2004, 761, 767; ähnlich *Lorenz*, Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen (2005), 63, die es wegen der unterschiedlichen Einordnung der verschiedenen Annexverfahren in den nationalen Rechtsordnungen für „[...] (derzeit) schwer möglich“ [hält], „bestimmte Typen von Einzelverfahren herauszuarbeiten, die jedenfalls unter die EuInsVO fallen sollen.“

<sup>25</sup> *Mankowski*, RIW 2004, 587, 600.



## Teil 1

# Die Problematik der vis attractiva concursus in grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren

### A. Begriffsbestimmung

Während über Begriff und Bedeutung der vis attractiva concursus grundsätzliche Einigkeit herrscht (dazu unter I.), ist die dogmatische Einordnung dieser Rechtsfigur umstritten (dazu unter II.). Dies hat zur Folge, daß unterschiedliche Möglichkeiten der Behandlung der vis attractiva concursus in grenzüberschreitenden Insolvenzen bestehen (dazu unter III.).

#### I. Begriff der vis attractiva concursus

##### 1. Grundsätzliches

Nach der Theorie der vis attractiva concursus ist das Gericht, das das Insolvenzverfahren eröffnet hat, nicht nur für die Abwicklung dieses Insolvenzverfahrens, sondern auch für alle damit zusammenhängenden Prozesse ausschließlich zuständig.<sup>1</sup> Die allgemeinen Zuständigkeitsregeln, die ohne die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gelten, werden durch spezielle Zuständigkeitsregeln für den Insolvenzfall verdrängt.

Dem Gedanken der vis attractiva concursus liegt die Vorstellung zugrunde, die Zentralisierung aller Verfahren bei einem Gericht führe zur Verfahrensbeschleunigung und zur Arbeitserleichterung für die Organe des Verfahrens, die immer nur an einem Ort prozessual präsent sein müssen.<sup>2</sup> So erspart eine Attraktivzuständigkeit des Insolvenzgerichts z. B. dem Insolvenzverwalter, bestimmte gleichartige Verfahren, die im Zusammenhang zum Insolvenzverfahren stehen, an verschiedenen Gerichtsständen

---

<sup>1</sup> *Jahr*, ZZP 79 (1966), 347, 348; *Hanisch* in *Frhr. Marschall von Bieberstein* (Hrsg.), Probleme des Internationalen Insolvenzrechts (1982), 9, 18; *Baur/Stürner*, Zwangsvollstreckungs-, Konkurs- und Vergleichsrecht, Band 2<sup>12</sup> (1990), 52 (Rn. 5.47); *Smid*, Grundzüge des Insolvenzrechts<sup>4</sup> (2002), 25 f. (Rn. 62 f.); *Häsemeyer*, Insolvenzrecht<sup>3</sup> (2003), 27, 83 (Rn. 2.10, 6.01).

<sup>2</sup> Nach *Smid*, Grundzüge des Insolvenzrechts<sup>4</sup> (2002), 25 (Rn. 62), handelt es sich bei diesem Rechtsinstitut um eine „Form der Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs“.

einleiten zu müssen, weil sich die allgemeinen Gerichtsstände der jeweiligen Beklagten an verschiedenen, vom Ort der Insolvenzverfahrenseröffnung abweichenden Orten befinden. Daneben wird für eine Attraktivzuständigkeit des Insolvenzgerichts für insolvenzbezogene Prozesse das Argument der besonderen Sachnähe dieses Gerichts herangezogen.<sup>3</sup> Das Insolvenzgericht, das alle Umstände des jeweiligen Insolvenzverfahrens kenne, sei auch am besten in der Lage, Entscheidungen, die im Zusammenhang zum Insolvenzverfahren stehen, zu treffen. Über die besondere Sachnähe hinaus trüge eine Zuständigkeitskonzentration den Interessen der Verfahrensbeteiligten dadurch Rechnung, daß sie widerspruchsfreie Entscheidungen fördere.<sup>4</sup> Indem das Insolvenzgericht nicht nur über das Insolvenzverfahren, sondern auch über alle damit zusammenhängenden Streitigkeiten informiert sei, würde einerseits vermieden, daß insolvenzrechtliche Tatbestandsmerkmale in Annexverfahren durch das nach den allgemeinen Regeln zuständige Gericht noch einmal überprüft und möglicherweise abweichend von der Entscheidung des Insolvenzgerichts im Insolvenzverfahren beurteilt würden. Hier ist nur an die Feststellung des Zeitpunktes der Insolvenzreife zu denken.<sup>5</sup> Andererseits ließe sich durch eine Attraktivzuständigkeit auch verhindern, daß gleichartige insolvenzbezogene Annexverfahren gegenüber unterschiedlichen Verfahrensbeteiligten abweichend voneinander beurteilt würden.<sup>6</sup> So soll durch eine Attraktivzuständigkeit schließlich dem Grundsatz der *par conditio creditorum*, also der Gleichbehandlung der Gläubiger, Rechnung getragen werden.<sup>7</sup> Das Ziel einer *vis attractiva concursus* ist es also, durch eine Zentralisierung der Verfahren insgesamt mehr Gerechtigkeit und Effektivität im Insolvenzverfahren zu schaffen.<sup>8</sup>

Das Gegenmodell zu einer solchen Attraktivzuständigkeit des Insolvenzgerichts ist eine dezentrale Zuständigkeitsordnung, die im Insolvenzfall nicht von den allgemeinen Zuständigkeitsregeln abweicht. Eine solche dezentrale Zuständigkeitsordnung gibt dem Insolvenzgericht nur Entscheidungsbefugnis über den unmittelbaren Ablauf des Insolvenzverfahrens und

---

<sup>3</sup> Vgl. *Berges*, KTS 1965, 73, 74: „Den Prozeßgerichten fehlt notwendigerweise der Blick für die Ganzheit des schuldnerischen Unternehmens und die für dessen Ertragskraft unentbehrlichen Verflechtungen.“; *Lent*, KTS 1959, 73, 78.

<sup>4</sup> *Lent*, KTS 1959, 73, 78 f.

<sup>5</sup> *Lent*, KTS 1959, 73, 78; *Kritisch Jahr*, ZZP 79 (1966), 347, 371.

<sup>6</sup> Vgl. *Lent*, KTS 1959, 73, 78 f.; *Pothast*, Probleme eines Europäischen Konkursübereinkommens (1995), 102.

<sup>7</sup> *Herchen*, Das EuInsÜ (2000), 220 f.

<sup>8</sup> *Baur/Stürner*, Zwangsvollstreckungs-, Konkurs- und Vergleichsrecht, Band 2<sup>12</sup> (1990), 52 (Rn. 5.47); erhebliche Zweifel an der Erreichung materieller Gerechtigkeit durch die *vis attractiva concursus* jedenfalls bei grenzüberschreitenden Sachverhalten äußert *Herchen*, Das EuInsÜ (2000), 220 f.

## Sachregister

- Absichtsanfechtung 184, 207 ff.
- Absonderungsklagen 353 ff.
- , Belegenheit des Gegenstandes 358 f.
- , deutsches Recht 354 f.
- , Eigenverwertung 362
- , englisches Recht 356 f.
- , französisches Recht 355 f.
- , Qualifikation 362 ff.
- , Verfahrensinteressen 364
- , Verwertung durch den Verwalter 365 f.
- actio pauliana 180, 183, 187, 192
- action en comblement du passif 119, 275
- , Begünstigte 283 f.
- , dirigeants de droit 276, 291
- , dirigeants de fait 276, 291
- , gerichtliche Zuständigkeit 277
- , Gerichtsstände nach der EuGVVO 291
- , *Gourdain/Nadler* 118, 279
- , Haftungsumfang 276, 282
- , im Konzern 276
- , Qualifikation 278
- , Schutzzweck 287
- , Verfahrensinteressen 290
- , Verschuldensvermutung 278
- action en nullité 186
- action en responsabilité pour insuffisance d'actif, *siehe* action en comblement du passif
- actor sequitur forum rei 12, 23, 28, 50, 155
- AG–Vorstand 258
- Aktivprozesse 313 ff.
- Allseitigkeit der Haftungsordnung 127
- Analogie 91
- Anerkennung, *siehe* Anerkennung und Vollstreckung
- Anerkennung und Vollstreckung
  - , erleichterte 77 ff.
  - , favor recognitionis 80
  - , Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens 80
  - , ordre public 80
  - , privilegierte 77 ff.
  - , Unterschiede EuGVVO/EuInsVO 5, 171
  - , Versagung 80, 171
- Anfechtungsklagen, *siehe* Insolvenzanfechtungsklagen
- anhängige Verfahren 327, 347
- , anwendbares Recht 348
- , Unterbrechung 327, 347
- , Wiederaufnahme 327, 347
- Annexverfahren 3, 4 ff., 178 ff.
- Anschlußkonkurs 40, 293
- Anspruchskonkurrenzen 172 ff.
- Antragspflicht, *siehe* Insolvenzantrag
- Antragstellung, *siehe* Insolvenzantrag
- Anwendungsbereich
  - , Abgrenzung 6, 62, 101
  - , Drittstaatenbezug 108
  - , EuGVVO
    - –, räumlich-persönlich 104
    - –, sachlich 6, 104
  - , EuInsVO
    - –, räumlich-persönlich 105, 107
    - –, sachlich 6, 105
  - , Mitgliedstaatenbezug 104, 106 f.
- Attraktivzuständigkeit, *siehe* vis attractiva concursus
- Auslandsbezug
  - , Drittstaat 108
  - , Mitgliedstaaten 104, 106 f.
  - , qualifizierter 106
- Auslegung
  - , autonome 57
  - –, Begriff 57 f.
  - –, Methode 58 ff.

- , historische 123 f.
- , Materialien 123
- Aussonderungsklagen 353 ff.
- , Belegenheit des Gegenstandes 358 f.
- , deutsches Recht 354 f.
- , englisches Recht 356 f.
- , französisches Recht 355 f.
- , Qualifikation 359 ff.
- , Verfahrensinteressen 361
- Autonomes Zuständigkeitsrecht
- , Anwendbarkeit 74 ff.
- , verbleibender Anwendungsbereich 102 ff.
  
- Beklagtenschutz 162, 171, 175
- Belgien 31
- Beschlagswirkung 69, 72
- Beweislastumkehr 132 f.
  
- center of main interests (COMI) 162,  
  *siehe auch* hauptsächlicher  
  Interessenmittelpunkt
- compétence
- , directe 82
- , indirecte 82
  
- Dänemark 105, 110 ff.
- Deutsch-österreichischer  
  Konkursvertrag (DöKV) 22, 34,  
  39 f., 67, 97, 320 f., 337, 351
- direkte Zuständigkeitsregelung 82
  
- Ehegatten des Gemeinschuldners 316 f.
- Eigenkapitalersatzklagen 216 ff.
- Eigenkapitalersatzrecht 219 ff.
- , anwendbares Recht 225, 228, 233
- , Finanzierungsfolgenverantwortung 223, 232
- , Gerichtsstand nach der EuGVVO 234 ff.
- , Gesellschafterdarlehen 216 f.
- , Gesellschaftersicherheiten 217
- , Qualifikation 218 ff.
- , Schutzzweck 219 ff.
- , Verfahrensinteressen 234 ff.
- , Zusammenhang zur Insolvenz 219 f.
- Einheit des Insolvenzverfahrens 34,  
  36 f., 46, 48, 83, 95, 124 f., 142 ff.
- Einzelverfahren, *siehe* Annexverfahren
  
- Einzelvollstreckung 68 ff., 196 ff.,  
  206 f., 259
- England 29 f., 189 ff., 297 ff., 324 f.,  
  356 f., 369 f., 382 f.,
- Entscheidungsgleichklang 66
- Entstehungsgeschichte 34 ff., 123 f.
- Entwürfe für ein Europäisches  
  Insolvenzübereinkommen 36 ff.
- , Entwurf von 1970 36 f., 40 ff.
- , Entwurf von 1980 36 f., 42 ff.
- , Kritik 46 ff.
- , Regelungen zur vis attractiva  
  concursum 40 ff.
- , revidierter Entwurf von 1984 44 ff.
- Erläuternder Bericht 123
- Eröffnungsentscheidung
- , Anerkennung 2, 80
- , Prioritätsprinzip 2
- , Zuständigkeit 157 f., 162 ff.
- Ersatzpflicht nach § 64 Abs. 2 GmbHG  
  259 ff.
- , anwendbares Recht 263
- , Qualifikation 259 ff.
- , Zahlungen nach Insolvenzreife 259
- EuGVÜ 110 ff., 121
- EuGVVO 3 f., 55, 56 f.
- EuInsÜ 38, 54
- EuInsVO
- , Entstehungsgeschichte *siehe* dort
- , Anwendungsbereich, *siehe* dort
- Eurofood/Parmalat* 2, 162, 165 ff.
- Existenzvernichtender Eingriff, *siehe*  
  Konzernhaftung
- Existenzvernichtungshaftung, *siehe*  
  Konzernhaftung
- exorbitante Gerichtsstände 75 f., 78,  
  81, 99
  
- Feststellungsklagen zur Insolvenztabelle  
  319 ff.
- , anwendbares Recht 329 f.
- , arbeitsrechtliche Forderungen 337 ff.
- , deutsches Recht 322 f.
- , englisches Recht 324 f.
- , französisches Recht 323 f.
- , Geltendmachung 326 f.
- , gerichtliche Zuständigkeit 325 f.
- , öffentlich-rechtliche Forderungen  
  337 ff.
- , Qualifikation 328 ff.

- , Verfahrensinteressen 339 ff.
- forum shopping 63, 124, 157 f., 161 ff., 169, 175, 196, 208, 211, 237, 345, 367
- Frankreich 28 f., 186 ff., 273 ff., 323 f., 355 f., 381 f.
- fraudulent trading 298 ff.
- , gerichtliche Zuständigkeit 299
- , Qualifikation 299 ff.
- , Schutzzweck 300 f.
  
- Gerichtsstand
- , allgemeiner 12, 23, 28, 50, 104, 155, 203, 213, 255, 257, 265, 290, 340, 343, 361, 364
- , ausschließlicher 154 ff., 159 f., 161, 173, 195, 203 ff.
- , besonderer 203
- , der Mitgliedschaft 213, 215, 240
- , der unerlaubten Handlung 115, 162, 173, 213, 256 f., 273, 291 f., 308, 312, 361, 387
- , des Erfüllungsortes 115, 162, 213, 234 f., 236 f., 254 ff., 264 f., 272, 291, 301, 308, 312, 361, 387
- , exorbitanter 75 f., 78, 81, 99
- , Sachnähe 10, 156, 160 f., 174, 202 ff., 339 ff., 374, 388, 392, 396
- , Vermögensgerichtsstand 75
- Gesamtverfahren 4, 26, 127, 326 f.
- Gesellschaftsrechtlicher
  - Gläubigerschutz 212 ff.
  - , deutsches Recht 215 ff.
  - , englisches Recht 297 ff.
  - , französisches Recht 273 ff.
- Gläubigeranfechtung 185 f., 193, 196 ff., 207 ff., 211
- , action paulienne 188 f.
- , transactions defrauding creditors 192 f.
- , EuGVVO 196 ff.
- , *Mario Reichert/Dresdner Bank* 185 f., 189, 195 ff., 203
- Gläubigergleichbehandlung 127 f., 133 f., 138, 159, 165, 184 f., 194, 199, 207, 210, 227, 232, 260 ff., 331 ff., 336, 339, 342, 349, *siehe auch* par condicio creditorum
- Gleichlaufgrundsatz 125, 141 ff., 152, 156, 172, 201 f., 225, 228, 233, 236, 252 f., 312, 330, 333, 337, 352, 360 f., 371 f., 374, 377, 386 f., 395, 399
- GmbH–Geschäftsführer 215, 258 ff.
- Gourdain/Nadler* 45, 85, 89, 117 ff., 121, 138, 182, 260, 278 f.
- Griechenland 32
- Gültigkeit von Rechtsgeschäften nach Insolvenzeröffnung 317 ff.
  
- Haftung
  - , Geschäftsführer 258 ff.
  - , Geschäftsleiter 275 ff.
  - , Gesellschafter 216 ff., 237 ff.,
  - , Insolvenzverwalter 380 ff.
  - , Vorstand 258 ff.
- hauptsächlicher Interessenmittelpunkt 157 ff., 162 ff.
- , juristische Personen 164 ff.
- , Konzerninsolvenzen 167 ff.
- , natürliche Personen 163 f.
  
- indirekte Zuständigkeitsregelung 82
- Insolvenzanfechtungsklagen 180 ff.
  - , anwendbares Recht 201 f.
  - , besondere 194 ff.
  - , deutsches Recht 183 ff.
  - , englisches Recht 189 ff.
  - , französisches Recht 186 ff.
  - , Qualifikation 194 ff.
  - , sonstige Anfechtungsmöglichkeiten 206 ff.
  - , Verfahrensinteressen 202 ff.
  - , Vorverlagerung des Gläubigergleichbehandlungsgrundsatzes 199 f.
- Insolvenzantrag 268 ff.
  - , anwendbares Recht 269
  - , Befugnis 268 f.
  - , Pflicht 269
  - , Qualifikation 269
- Insolvenzforderungen
  - , Geltendmachung *siehe* Feststellungsklagen zur Insolvenztabelle
  - , Streitigkeiten über die Forderungseigenschaft 351 ff.
- Insolvenzgericht 3, 9 ff., 25 ff., 28 f., 29 f.

- Insolvenzstatut 66, 70, 141 f., 144 ff.,  
 147, 150 ff., 202, 225, 233, 252,  
 269, 386  
 Insolvenzverschleppung 265 ff.  
 –, action en comblement du passif, *siehe*  
 dort  
 –, Altgläubiger 268 ff.  
 –, anwendbares Recht 270  
 –, Gerichtsstände nach der EuGVVO  
 272 f.  
 –, Neugläubiger 271 f.  
 –, Quotenschaden 268  
 –, Verfahrensinteressen 272 f.  
 –, Vertrauensschaden 271 f.  
 –, wrongful trading, *siehe* dort  
 Insolvenzverwalter  
 –, Befugnisse in anderen Staaten 93 f.,  
 195 f.  
 –, Haftung 380 ff.  
 –, Streitigkeiten mit dem Schuldner  
 393 ff.  
 Insolvenzverwalterhaftung 380 ff.  
 –, anwendbares Recht 386 f.  
 –, deutsches Recht 380 f.  
 –, englisches Recht 382 f.  
 –, französisches Recht 381 f.  
 –, gemeinschaftliche Gläubigerschäden  
 384 ff.  
 –, individuelle Schäden 388 ff.  
 –, Qualifikation 384 ff.  
 –, Verfahrensinteressen 387 f., 391 f.  
*Inspire Art Ltd.* 147 ff., 150 ff.  
 Istanbul-Übereinkommen 34 f.  
 Italien 30, 47, 313, 320  
  
 Justizgrundrechte 23 f., 33  
  
 Kompetenzkonflikte 2, 4, 36, 63, 96,  
 114 f., 397  
 –, positive 20  
 –, negative 20, 63, 76  
 Konkursordnung von 1877 25  
 Konzentrationswirkung 90  
 Konzernhaftung 237 ff.  
 –, action en comblement du passif 276  
 –, Anspruch auf Sicherheitsleistung  
 245 ff.  
 –, Außenhaftung 245 ff.  
 –, *Bremer Vulkan* 242, 247  
 –, deutsches Recht 237 ff.  
 –, direkter Zahlungsanspruch 247  
 –, englisches Recht 303  
 –, Existenzvernichtungshaftung, *siehe*  
 dort  
 –, französisches Recht 276  
 –, Gerichtsstände nach der EuGVVO  
 254 ff.  
 –, Geschäftsleiter 276  
 –, Innenhaftung 241 ff.  
 –, Qualifikation 243 ff.  
 –, qualifiziert faktischer Konzern 239,  
 242  
 –, System im deutschen Recht 238 ff.  
 –, Vertragskonzern 241 ff., 245 ff.  
 –, Verfahrensinteressen 253 ff.  
 Konzerninsolvenzen 1 f., 93, 167 ff.,  
 255, 258  
  
 lex fori concursus, *siehe auch*  
 Insolvenzstatut  
 –, Begriff 6, 16, 17 ff., 21  
 –, Umfang 64 ff., 66 ff., 141 ff.  
 lex fori processus 69  
 lifting the corporate veil 310  
 LugÜ 110 ff.  
  
*Mario Reichert/Dresdner Bank* 185 f.,  
 189, 195 ff., 203  
 Masseforderungen  
 –, Geltendmachung 369  
 –, Streitigkeiten über die  
 Forderungseigenschaft 351 ff.  
 –, Verträge des Insolvenzverwalters  
 367 ff.  
 –, Verfahrensinteressen 372  
  
 Masselosigkeit 130 f.  
 misfeasance proceedings 308 ff.  
 Mitgliedstaatenbezug 104, 106 f.  
  
 Niederlande 32, 34,  
 Niederlassung 39, 113 ff., 168  
 Niederlassungsfreiheit von  
 Gesellschaften 147 ff., 151 f., 225,  
 227, 233, 252, 263, 270, 311  
 –, *Inspire Art Ltd.*, *siehe* dort  
 Norwegen 33, 110

- ordre public–Grundsatz 80, 88, 170 f., 346  
 Österreich 32, 65, 320  
 Osteuropa 33
- par condicio creditorum 126 ff., 158, 331, 333, 351, 372, *siehe auch*  
 Gläubigergleichbehandlung  
*Parmalat*, *siehe Eurofood/Parmalat*  
 Partikularinsolvenzverfahren 39, 93 f., 113 ff., 150, 168, 182, 195 f.  
 Passivprozesse 12, 26 ff., 133, 349  
 preferences 190 f.  
 Prioritätsprinzip 2  
 Prozeßführungsbefugnis 133 ff., 290
- Qualifikation 6  
 –, Kriterien 117 ff.
- Rangfolge im Insolvenzverfahren 329 f.  
 Rangstreitigkeiten 330 ff.  
 revidierter Entwurf 44 ff.
- Sachnähe 10, 156, 160 f., 174, 202 ff., 339 ff., 374, 388, 392, 396  
 Scheinauslandsgesellschaften 156, 235  
 Schenkungsanfechtung 184, 187, 193.  
 schwebende Rechtsgeschäfte 375 ff.  
 –, Qualifikation 376 ff.  
 –, Streitgegenstand 378  
 –, Vorfrage 377  
 Schweden 33  
 Sekundärinsolvenzverfahren, *siehe*  
*Partikularinsolvenzverfahren*  
 Sicherungsmaßnahmen 99 f.  
 Skandinavien 33  
 –, skandinavische Konkurskonvention 33  
 Spanien 31  
 Spiegelbildprinzip 81, 83, 109, 113
- Territorialitätsprinzip 19 f.  
 transactions at an undervalue 191 f.  
 transactions defrauding creditors 192 f.
- Überprüfung der internationalen  
 Zuständigkeit 79 ff., 98 f.  
 Übereinkommensentwürfe, *siehe*  
 Entwürfe für ein Europäisches  
 Insolvenzübereinkommen
- UNCITRAL–Modellbestimmungen 14  
 Universalitätsprinzip 19, 21, 34, 36, 38, 46, 70, 83, 143,  
 USA 33
- Verfahrensbeschleunigung 9, 11, 95, 126, 133  
 Versagung der Anerkennung  
 –, EuGVVO 171  
 –, EuInsVO 80, 171  
 –, internationale Zuständigkeit des  
 Erstgerichts 79 ff., 98 f.  
 –, ordre public, *siehe* dort  
 Vertragskonzern  
 –, Außenhaftung 245 ff.  
 –, Innenhaftung 241 ff.  
 Vertrauensschutz 22 ff., 153, 161 ff.  
 vis attractiva concursus  
 –, Aktivprozesse 12  
 –, Begriff 9 ff.  
 –, beschränkte 13  
 –, deutsches Recht 25 ff.  
 –, DöKV 39 f.  
 –, englisches Recht 29 f.  
 –, Entwürfe für ein Europäisches  
 Insolvenzübereinkommen, *siehe* dort  
 –, französisches Recht 28 f.  
 –, Passivprozesse 12, 26 ff., 133, 349  
 –, Qualifikation 17 f.  
 –, Rechtsnatur 14 ff.  
 –, volle 13  
 –, Wirkungen  
 – –, im nationalen Recht 12 ff.  
 – –, grenzüberschreitende 18 ff.  
 Vorentwürfe, *siehe* Entwürfe für ein  
 Europäisches  
 Insolvenzübereinkommen  
 Vorfragen 137, 295, 318, 336, 352, 371, 377 ff.  
 Vorhersehbarkeit, *siehe*  
 Vertrauensschutz  
 Vorsatzanfechtung 184
- wrongful trading 302 ff.  
 –, gerichtliche Zuständigkeit 303  
 –, Qualifikation 303 ff.  
 –, Schutzzweck 304 ff.  
 –, Verfahrensinteressen 307 f.

Zahlungen nach Insolvenzreife 259

Zielsetzungen

–, der EuInsVO 124 ff.

–, der EuGVVO 124 f.

Zuständigkeit

–, internationale 3, *siehe auch*

Eröffnungsentscheidung

–, örtliche 95 ff.

–, sachliche 62, 97

Zuständigkeitsinteressen 24, 49 ff.,

153 ff., 157 ff.

Zuständigkeitslücken im nationalen

Recht 42, 95 ff.

# Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

## Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ady, Johannes*: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. *Band 136*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Amelung, Ulrich*: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Athanassopoulou, Victoria*: Schiffsunternehmen und Schiffsüberlassungsverträge. 2005. *Band 151*.
- Bälz, Moritz*: Die Spaltung im japanischen Gesellschaftsrecht. 2005. *Band 158*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Bartnik, Marcel*: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. *Band 128*.
- Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang*: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. *Band 132*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- / *Scherpe, Jens M.* (Hrsg.): Transsexualität, Staatsangehörigkeit und internationales Privatrecht. 2004. *Band 134*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H.*
- Beulker, Jette*: Die Eingriffsnormenproblematik in internationalen Schiedsverfahren. 2005. *Band 153*.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brand, Oliver*: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Dawe, Christian*: Der Sonderkonkurs des deutschen Internationalen Insolvenzrechts. 2005. *Band 159*.
- Dilger, Jörg*: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. *Band 116*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dohrn, Heike*: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. *Band 133*.

- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.  
– (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.  
–, *Ulrich Drobnig* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Dornblüth, Susanne*: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. *Band 107*.
- Drappatz, Thomas*: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95*.
- Drobnig, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Eichholz, Stephanie*: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90*.
- Eisele, Ursula S.*: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. *Band 121*.
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Ernst, Ulrich*: Mobiliarsicherheiten in Deutschland und Polen. 2005. *Band 148*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fenge, Anja*: Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88*.
- Fetsch, Johannes*: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Förster, Christian*: Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101*.
- Forkert, Meinhard*: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. *Band 118*.
- Freitag, Robert*: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fricke, Verena*: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110*.
- Fröschle, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Ganssaugue, Niklas*: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. *Band 126*.
- Godl, Gabriele*: Notarhaftung im Vergleich. *Band 85*.
- Goitwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Graf, Ulrike*: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzscheidungen. 2003. *Band 113*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Grolimund, Pascal*: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80*.
- Hahn, H. u.a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Handorn, Boris*: Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. 2005. *Band 141*.

- Hartenstein, Olaf*: Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81*.
- Hein, Jan von*: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69*.
- Heiss, Helmut* (Hrsg.): Zivilrechtsreform im Baltikum. 2006. *Band 161*.
- Hellmich, Stefanie*: Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84*.
- Hellwege, Phillip*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. *Band 130*.
- Hinden, Michael von*: Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74*.
- Hippel, Thomas von*: Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78*.
- Hutner, Armin*: Das internationale Privat- und Verfahrensrecht der Wirtschaftsmediation. 2005. *Band 156*.
- Hye-Knudsen, Rebekka*: Marken-, Patent- und Urheberrechtsverletzungen im europäischen Internationalen Zivilprozessrecht. 2005. *Band 149*.
- Janssen, Helmut*: Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79*.
- Jeremias, Christoph*: Internationale Insolvenzaufrechnung. 2005. *Band 150*.
- Jung, Holger*: Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77*.
- Junge, Ulf*: Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100*.
- Kadner, Daniel*: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76*.
- Kannengießer, Matthias N.*: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63*.
- Kapnopoulou, Elissavet N.*: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Karl, Matthias*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Kern, Christoph*: Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. *Band 135*.
- Kircher, Wolfgang*: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65*.
- Klauer, Stefan*: Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99*.
- Kleinschmidt, Jens*: Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. *Band 117*.
- Kliesow, Olaf*: Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87*.
- Köhler, Martin*: Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. *Band 111*.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kopp, Beate*: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55*.
- Kronke, Herbert*: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.
- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Leicht, Steffen*: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82*.
- Linhart, Karin*: Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. *Band 147*.

- Linker, Anja Celina:* Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75.*
- Lohmann, Arnd:* Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2005. *Band 119.*
- Lorenz, Verena:* Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. *Band 140.*
- Lüke, Stephan:* Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. *Band 105.*
- Meier, Sonja:* Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68.*
- Melin, Patrick:* Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. *Band 137.*
- Minuth, Klaus:* Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliarerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24.*
- Mistelis, Loukas A.:* Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73.*
- Mörsdorf-Schulte, Juliana:* Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67.*
- Morawitz, Gabriele:* Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27.*
- Müller, Achim:* Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. *Band 125.*
- Müller, Carsten:* International zwingende Normen des deutschen Arbeitsrechts. 2005. *Band 157.*
- Nemec, Jiri:* Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54.*
- Neumann, Nils:* Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. *Band 142.*
- Neunhoeffer, Friederike:* Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. *Band 146.*
- Niklas, Isabella Maria:* Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. *Band 106.*
- Nojack, Jana:* Exklusivnormen im IPR. 2005. *Band 152.*
- Pattloch, Thomas:* Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. *Band 103.*
- Peinze, Alexander:* Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92.*
- Pfeil-Kammerer, Christa:* Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17.*
- Plett, K. und K.A. Ziegert (Hrsg.):* Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11.*
- Pißler, Knut B.:* Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. *Band 127.*
- Reichert-Facilides, Daniel:* Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46.*
- Reiter, Christian:* Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89.*
- Richter, Stefan:* siehe *Veelken, Winfried.*
- Rohe, Mathias:* Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43.*
- Rothoefl, Daniel D.:* Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. *Band 122.*
- Rühl, Giesela:* Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. *Band 123.*
- Rusch, Konrad:* Gewinnhaftung bei Verletzung von Treupflichten. 2003. *Band 109.*
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von:* Das Konkubinats in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22.*
- Sandrock, Andrea:* Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104.*
- Schärtl, Christoph:* Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. *Band 145.*
- Schepke, Jan:* Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62.*

- Scherpe, Jens M.*: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96*.
- : siehe *Basedow, J.*
- Schilf, Sven*: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. *Band 138*.
- Schimansky, Annika*: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. *Band 112*.
- Schindler, Thomas*: Rechtsgeschäftliche Entscheidungsfreiheit und Drohung. 2005. *Band 139*.
- Schlichte, Johannes*: Die Grundlage der Zwangsvollstreckung im polnischen Recht. 2005. *Band 144*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Schütze, Elisabeth*: Zession und Einheitsrecht. 2005. *Band 155*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Steghörtner, Robert*: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93*.
- Siehr, Kurt*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Söhngen, Martin*: Das internationale Privatrecht von Peru. 2006. *Band 162*.
- Solomon, Dennis*: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. *Band 124*.
- Sonnentag, Michael*: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. *Band 86*.
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.
- Stegmann, Oliver*: Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. *Band 120*.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.
- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
- Tassikas, Apostolos*: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmebereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. *Band 114*.
- Thiele, Christian*: Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. *Band 115*.
- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Trulsen, Marion*: Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. *Band 129*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Verse, Dirk A.*: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72*.
- Waehler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4*.

- Band 2. 1983. *Band 9.*
- Band 3. 1990. *Band 25.*
- Band 4. 1990. *Band 26.*
- Band 5. 1991. *Band 28.*
- Wang, Xiaoye:* Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35.*
- Wazlawik, Thomas:* Die Konzernhaftung der deutschen Muttergesellschaft für die Schulden ihrer US-amerikanischen Tochtergesellschaft. 2004. *Band 131.*
- Weishaupt, Axel:* Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3.*
- Weller, Matthias:* Ordre-public-Kontrolle internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen im autonomen Zuständigkeitsrecht. 2005. *Band 143.*
- Wesch, Susanne:* Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39.*
- Weyde, Daniel:* Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58.*
- Wiese, Volker:* Der Einfluß des Europäischen Rechts auf das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter. 2006. *Band 160.*
- Willemer, Charlotte:* Vis attractiva concursus und die Europäische Insolvenzverordnung. 2006. *Band 163.*
- Witzleb, Normann:* Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94.*
- Wu, Jiin Yu:* Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71.*
- Wurmnest, Wolfgang:* Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. *Band 102.*
- : siehe *Basedow, J.*
- Zeeck, Sebastian:* Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. *Band 108.*
- Ziegert, K.A.:* siehe *Plett, K.*
- Zobel, Petra:* Schiedsgerichtsbarkeit und Gemeinschaftsrecht. 2005. *Band 154.*